

AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

ifo Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen Winter 2023: Erholung ohne Schwung

*Niels Gillmann, Yvo Künzel und
Joachim Ragnitz*

Vorbehalte gegenüber Zuwanderung: Die Rolle von Kontakten und Informationen

Patrick Dylong und Silke Übelmesser

IM BLICKPUNKT

Wo bleiben Deutschlands alte Autos?

Joachim Ragnitz

DATEN UND PROGNOSEN

ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen (Januar 2024)

AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

Der Produktivitätsrückstand Ostdeutschlands: Eine unendliche Geschichte

Joachim Ragnitz



ifo Dresden berichtet

ISSN 0945-5922

31. Jahrgang (2024)

Herausgeber: ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.,

Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden

Telefon: 0351 26476-0, Telefax: 0351 26476-20

E-Mail: dresden@ifo.de

Redaktion: Joachim Ragnitz

Technische Leitung: Katrin Behm

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 Euro

Preis des Einzelheftes: 5,00 Euro

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: Druckhaus Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars

Im Internet:

<http://www.ifo.de/forschung/ifo-dresden>



Die Niederlassung Dresden des ifo Instituts wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushaltes.

AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

Der Produktivitätsrückstand Ostdeutschlands: Eine unendliche Geschichte 3

Joachim Ragnitz

Ostdeutschland gilt immer noch als eine strukturschwache Region, aber auch in Westdeutschland gibt es große regionale Unterschiede in der Wirtschaftskraft. Der Beitrag geht der Frage nach, weshalb eine stärkere Konvergenz der Wirtschaftskraft bislang nicht erreicht werden konnte und welche Fortschritte für die Zukunft zu erwarten sind. Es zeigt sich, dass Größen-, Branchen- und Funktionalstruktur der ostdeutschen Industrie im Wesentlichen Ergebnis der Transformationshistorie seit 1990 sind. Gleichzeitig wird deutlich, dass der reine Ost-West-Vergleich ohnehin nicht mehr zeitgemäß ist, weil sich in regionalen Unterschieden zum einen strukturell verschiedene Standortbedingungen widerspiegeln, zum anderen aber auch Standortentscheidungen von Unternehmen bzw. politische Maßnahmen der Vergangenheit zu längerfristig wirksamen Pfadabhängigkeiten geführt haben.

ifo Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen Winter 2023: Erholung ohne Schwung 10

Niels Gillmann, Yvo Künzel und Joachim Ragnitz

Im Jahr 2023 dürfte die Wirtschaftsleistung in Ostdeutschland und Sachsen auf der Stelle getreten haben, während in Deutschland sogar eine leichte Schrumpfung um -0,3% zu verzeichnen war. Im laufenden Jahr 2024 dürfte die wirtschaftliche Leistung in Ostdeutschland und Sachsen dann wieder um 0,8% bzw. 0,7% zunehmen (Deutschland: 0,9%). Die Dynamik am Arbeitsmarkt dürfte sich jedoch abschwächen. Die Zahl der Erwerbstätigen wird dann lediglich um 0,0 bzw. 0,1% steigen. Auch hierbei spielt der demografisch bedingte Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials eine entscheidende Rolle.

Vorbehalte gegenüber Zuwanderung: Die Rolle von Kontakten und Informationen 17

Patrick Dylong und Silke Übelmesser

Fehleinschätzungen über Zuwanderung und geringe persönliche Kontakte mit Zugewanderten können die Einstellung gegenüber Zuwanderung beeinflussen. Wir untersuchen auf der Basis von Umfragedaten zu Thüringen, welche Rolle die Bereitstellung von Informationen für die Veränderung von Einstellungen spielt. Unsere Studie liefert wichtige Erkenntnisse. Befragte, die Informationen über den Anteil von Zugewanderten in ihrer Region erhalten, entwickeln eine positivere Einstellung gegenüber Zuwanderung. Zudem reagieren insbesondere Befragte mit unterdurchschnittlich ausgeprägten Kontakten mit Zugewanderten und Befragte mit größeren Fehleinschätzungen stärker auf die Informationen.

IM BLICKPUNKT

Wo bleiben Deutschlands alte Autos? 24

Joachim Ragnitz

Pro Jahr werden in Deutschland ca. 2,5-2,7 Mill. Pkw endgültig stillgelegt. Davon wird allerdings nur ein kleiner Teil tatsächlich auch verschrottet; ein erheblicher Anteil der in Deutschland abgemeldeten Fahrzeuge wird ins Ausland exportiert. Deutschland (und Europa) nehmen zwar bei nationalen Klimaschutzanstrengungen eine Vorreiterrolle ein, das Ziel globalen Klimaschutzes im Bereich des privaten Pkw-Bestandes wird aber dadurch konterkariert, dass klimaschädliche Altfahrzeuge anderswo weiter genutzt werden.

DATEN UND PROGNOSEN

ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen (Januar 2024)	27
<i>Niels Gillmann und Ernst Glöckner</i>	

AUS DEM ifo DRESDEN

ifo Veranstaltungen	30
ifo Veröffentlichungen	30
ifo Vorträge	30
ifo in den Medien	31

Joachim Ragnitz*

Der Produktivitätsrückstand Ostdeutschlands: Eine unendliche Geschichte

Ostdeutschland gilt immer noch als eine strukturschwache Region, aber auch in Westdeutschland gibt es große regionale Unterschiede in der Wirtschaftskraft. Der Beitrag geht der Frage nach, weshalb eine stärkere Konvergenz der Wirtschaftskraft bislang nicht erreicht werden konnte und welche Fortschritte für die Zukunft zu erwarten sind. Es zeigt sich, dass Größen-, Branchen- und Funktionalstruktur der ostdeutschen Industrie im Wesentlichen Ergebnis der Transformationshistorie seit 1990 sind. Gleichzeitig wird deutlich, dass der reine Ost-West-Vergleich ohnehin nicht mehr zeitgemäß ist, weil sich in regionalen Unterschieden zum einen strukturell verschiedene Standortbedingungen widerspiegeln, zum anderen aber auch Standortentscheidungen von Unternehmen bzw. politische Maßnahmen der Vergangenheit zu längerfristig wirksamen Pfadabhängigkeiten geführt haben.

Ostdeutschland gilt immer noch im Ganzen als eine strukturschwache Region, vor allem weil die nominale Wirtschaftskraft (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) weiterhin nur bei knapp 87% des westdeutschen Durchschnittswertes liegt. Auch in Westdeutschland gibt es aber große Unterschiede in der Wirtschaftskraft, die beispielsweise zwischen den norddeutschen und den süddeutschen Flächenländern¹ in etwa jenen zwischen Ost- und Westdeutschland entsprechen. Vergleicht man die Länder untereinander, so erkennt man, dass Brandenburg (Pro-Kopf-Produktivität 89,3% des westdeutschen Durchschnittswertes) inzwischen vor den beiden schwächsten westdeutschen Bundesländern (Saarland mit 84,5% und Schleswig-Holstein mit 89,0%) liegt. Auch Sachsen-Anhalt (89,4%) hat zumindest das Saarland inzwischen überrundet.² Die drei anderen ostdeutschen Flächenländer liegen zwar noch etwas weiter zurück; auch hier ist aber in jüngerer Zeit ein wieder etwas stärkerer Aufholprozess festzustellen. Die wirtschaftsstärkeren Landkreise Ostdeutschlands ballen sich dabei rund um Berlin, in der Mitte Sachsen-Anhalts sowie im westlichen Mecklenburg-Vorpommern, wo es Ausstrahleffekte aus Hamburg gibt. Die meisten Regionen in Ostdeutschland weisen hingegen nach wie vor eine äußerst niedrige gesamtwirtschaftliche Produktivität auf, die in den allermeisten Fällen auch niedriger als in den strukturschwachen Gebieten Westdeutschlands liegt.

Angesichts dieses Bildes könnte man meinen, dass die niedrige Produktivität im Osten nicht mehr primär Folge von Teilung und Wiedervereinigung ist, sondern regionale Gegebenheiten (wie Lage oder infrastrukturelle Anbindung) der einzelnen Bundesländer bzw. Landkreise widerspiegelt. In Teilen mag das zutreffen – wie aber nachfolgend gezeigt wird, ist dieser Interpretation nicht uneingeschränkt zuzustimmen. Die anfänglichen produktivitätsmindernden Schwierigkeiten bei der Anpassung an die Marktwirtschaft sind zwar überwunden, aber die damals entstandenen Strukturmuster prägen die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands bis heute. Hieraus eine besondere Behandlung Ostdeutschlands abzuleiten, erscheint mehr als 30 Jahre nach der Wiedervereinigung den-

noch nicht mehr gerechtfertigt, und mit dem Auslaufen des Solidarpaktes II im Jahr 2019 und dem Übergang zu einem „gesamtdeutschen Fördersystem“ ab dem Jahr 2020 hat die Politik hierauf vom Grundsatz her auch reagiert.³ Dennoch bleibt die Frage offen, weshalb eine stärkere Konvergenz der Wirtschaftskraft bislang nicht erreicht werden konnte und welche Fortschritte für die Zukunft zu erwarten sind. Insbesondere die Industrie steht dabei im Fokus des Interesses.

PRODUKTIVITÄTSKONVERGENZ IN DER INDUSTRIE

Gegenüber dem Jahr 2015 ist die Wirtschaft in Ostdeutschland bis 2022 preisbereinigt um 11,6% gewachsen, in Westdeutschland demgegenüber nur um 7,1%. Der Wachstumsvorsprung Ostdeutschlands ist dabei jedoch ausschließlich auf Berlin zurückzuführen (+23,6%), während das Wirtschaftswachstum in den Flächenländern genauso hoch war wie im westdeutschen Durchschnitt. Erst wenn man die Veränderungen des geleisteten Arbeitsvolumens in den einzelnen Bundesländern berücksichtigt, wird der Aufholprozess der ostdeutschen Flächenländer deutlich. Gegenüber dem Jahr 2015 ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Arbeitsstunde in Ostdeutschland ohne Berlin um 13,4% gestiegen, in Westdeutschland hingegen nur um 5,1%. Betrachtet man einzelne Sektoren, so wird erkennbar, dass dies zu einem nicht unbeträchtlichen Teil auf Produktivitätssteigerungen im Verarbeitenden Gewerbe („Industrie“) zurückzuführen ist. Hier stieg die Bruttowertschöpfung (BWS) je Arbeitsstunde im Osten um 15,7%, im Westen hingegen nur um 8,0%. Die Industrieunternehmen im Osten haben also auf die insgesamt schwache Nachfrageentwicklung (+4,0% im Zeitraum 2015-2022) nicht etwa mit Entlassungen, sondern vor allem mit einer Verkürzung der Arbeitszeit reagiert. Insgesamt ist die geleistete Stundenzahl je Erwerbstätigen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe zwischen 2015 und 2022 um 125 Stunden zurückgegangen; dies sind mehr als drei Wochen.

* Prof. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Die durchschnittliche Arbeitszeit je Industriebeschäftigten entspricht damit in Ostdeutschland mittlerweile annähernd jener in Westdeutschland, nachdem die Jahresarbeitszeit im Osten im Jahr 2015 noch um rund 5% höher lag.

Trotz der kräftigen Steigerung in den vergangenen sechs Jahren liegt die nominale BWS je Arbeitsstunde im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands ohne Berlin dennoch auch weiterhin nur bei 74,4% des westdeutschen Durchschnittswerts⁴ und damit deutlich niedriger als in der Gesamtwirtschaft mit 82,3% (vgl. Abb. 1). Erstaunlicher ist allerdings, dass der Angleichungsstand der industriellen Produktivität – anders als in der gesamtwirtschaftlichen Betrachtung⁵ – nach 2008 deutlich zurückgegangen ist und bis zum Jahr 2020 sogar noch unter dem Wert des Jahres 2007 lag. Ganz offensichtlich hat also die westdeutsche Industrie die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 besser bewältigen können als die ostdeutschen Industrieunternehmen.

Auch hier gilt, dass einzelne ostdeutsche Bundesländer (Brandenburg, Sachsen-Anhalt) inzwischen keinen Produktivitätsrückstand gegenüber den schwächsten westdeutschen Bundesländern (Saarland und Schleswig-Holstein) mehr aufweisen (für Brandenburg gilt dies auch gegenüber Nordrhein-Westfalen). Allerdings scheint auch dies die genannten wirtschaftsstrukturellen Sondereffekte des Jahres 2022 (vgl. Endnote 2) widerzuspiegeln, denn in Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern ist eine vergleichbare Beschleunigung des Konvergenzprozesses nicht festzustellen. Bei stärkerer regionaler Differenzierung wird zudem deutlich, dass die industrielle Produktivität zwischen den einzelnen Landkreisen stark streut: Wo sich größere Unternehmen niedergelassen haben, zumal solche aus hochproduktiven Branchen, ist auch die industrielle Produktivität deutlich höher als dort, wo das nicht der Fall ist. Landkreise mit einer hohen industriellen Produktivität finden sich dabei in allen ostdeutschen Bundesländern, überwiegend aber dort, wo auch die Standortbedingungen besonders gut sind (also zum Beispiel im Umland von Berlin

und anderen großen Städten in Ostdeutschland) und wo sich deshalb überdurchschnittlich produktive Unternehmen mit ihren Betriebsstätten angesiedelt haben. Im Umkehrschluss bedeutet dies aber auch, dass in einigen ostdeutschen Landkreisen die industrielle Produktivität noch viel niedriger liegt als im Durchschnitt. Dies sind vor allem solche, die peripher gelegen oder dünn besiedelt sind und nicht zuletzt deswegen in der Vergangenheit nur wenige Investitionen auf sich ziehen konnten.

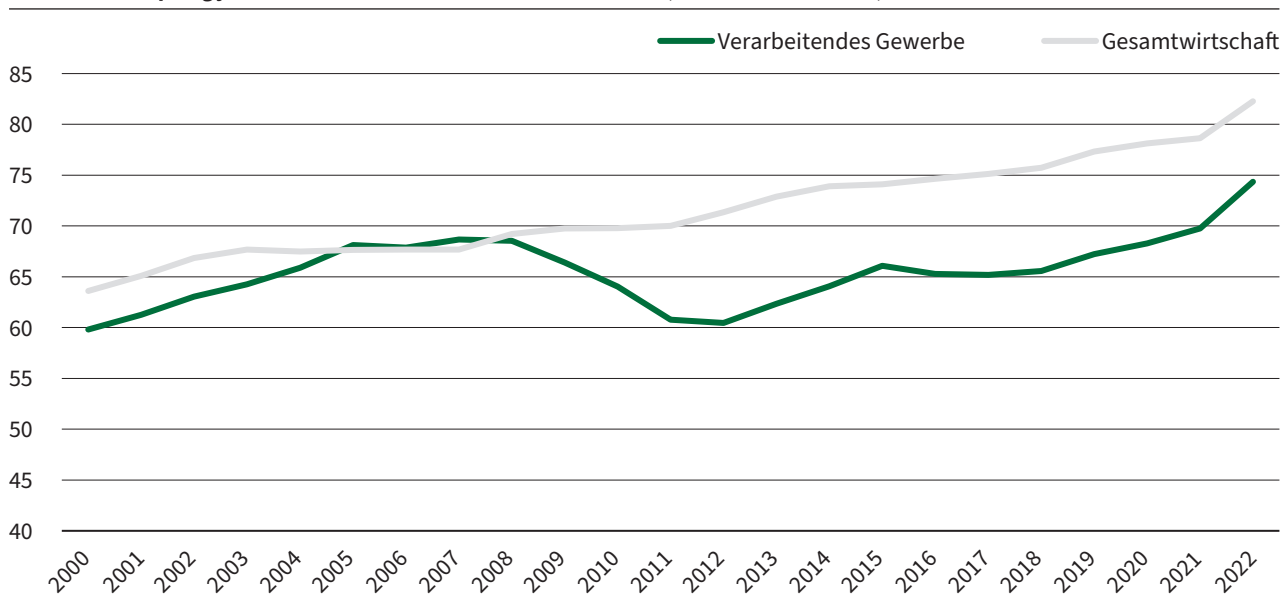
Vergleicht man die einzelnen Sektoren untereinander, so wird schließlich deutlich, dass die Produktivität im Verarbeitenden Gewerbe im Westen um fast 20% höher liegt als im Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche, während der Produktivitätsvorsprung der Industrie im Osten nur bei etwa sechs Prozentpunkten liegt (vgl. Tab. 1). Gleichzeitig entfällt hier ein deutlich geringerer Anteil des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens auf diesen Sektor (18% in West-, 13% in Ostdeutschland). Das niedrige gesamtwirtschaftliche Produktivitätsniveau ist daher nicht nur auf eine vergleichsweise niedrige Produktivität in der Industrie zurückzuführen, sondern zu einem nicht unbeträchtlichen Teil auch auf eine geringe Größe des Verarbeitenden Gewebes.⁶ Um eine stärkere Konvergenz Ostdeutschlands zu erreichen, wären also sowohl Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität in den einzelnen Unternehmen als auch Maßnahmen zur Stärkung des industriellen Sektors insgesamt erforderlich.

MÖGLICHKEITEN ZUR VERRINGERUNG DES PRODUKTIVITÄTSRÜCKSTANDS IM VERARBEITENDEN GEWERBE

Als ein entscheidender Grund für die niedrige industrielle Produktivität in Ostdeutschland gelten nach wie vor strukturelle Besonderheiten innerhalb des Verarbeitenden Gewebes. Es gibt nur wenige wirklich große Betriebe (mit mehr als 1000 Beschäftigten) in Ostdeutschland, so dass die Industriebetriebe hier im Schnitt deutlich kleiner sind als in Westdeutschland

Abb. 1

Bruttowertschöpfung je Arbeitsstunde in Ostdeutschland ohne Berlin (Westdeutschland = 100)



Quelle: VGR der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Tab. 1

Bruttowertschöpfung je Arbeitsstunde und Anteil am Arbeitsvolumen in Ostdeutschland (mit Berlin) und Westdeutschland (ohne Berlin), 2022

	Bruttowertschöpfung je Arbeitsstunde; Gesamt=100		Anteil am gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumen		Bruttowertschöpfung je Arbeitsstunde Ostdeutschland in % von Westdeutschland
	Westdeutschland	Ostdeutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	75,6	111,4	1,5	1,5	126,3
Verarbeitendes Gewerbe	119,0	105,9	18,1	13,3	76,3
Bergbau, Energie, Wasser	150,3	175,6	1,4	1,7	100,1
Baugewerbe	90,7	94,2	6,4	7,6	88,9
Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Information und Kommunikation	86,6	83,9	25,7	23,8	83,0
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks- und Wohnungswesen	148,6	133,0	17,1	17,6	76,7
Öffentliche und sonstige Dienstleister; Erziehung und Gesundheit	70,7	85,2	29,7	34,6	103,2
Insgesamt	100,0	100,0	.	.	85,7

Quelle: VGR der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

(96 Beschäftigte versus 145 Beschäftigte bei den Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten, die von der Industriestatistik erfasst werden). Sie weisen schon deshalb – zum Beispiel weil die Ausnutzung von Größenvorteilen in der Produktion nicht möglich ist – eine geringere wirtschaftliche Leistung je Arbeitnehmer bzw. je Arbeitsstunde auf. So liegt der Umsatz je tätiger Person in Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten in Deutschland insgesamt nur bei knapp 40% des Niveaus der Betriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten. Da in Ostdeutschland nur 11% der Industriebeschäftigten in sehr großen Betrieben tätig sind (Westdeutschland: 31%), folgt hieraus unmittelbar, dass auch das Produktivitätsniveau insgesamt geringer ausfällt. Insoweit hat der Produktivitätsrückstand Ostdeutschlands dann auch nichts mit einer womöglich niedrigeren Leistungsfähigkeit der Beschäftigten zu tun, sondern spiegelt lediglich Charakteristika der Betriebe (hier: deren Größe) wider. Ein stärkeres Wachstum von „Bestandsunternehmen“ könnte hier zwar Abhilfe schaffen, scheitert aber häufig nicht nur an harten Fakten (wie einem Mangel an Kapital oder an innovativen Produkten), sondern in vielen Fällen auch an einem ausgeprägten „Wachstumswillen“ ostdeutscher Unternehmer*innen. Das ist allerdings nichts Ostspezifisches; auch in Westdeutschland sind die meisten der vor 30 oder 40 Jahren gegründeten Unternehmen heute noch eher klein, wenn sie denn überhaupt noch existieren. Großunternehmen sind hingegen zumeist bereits vor längerer Zeit gegründet worden und in vielen Fällen vor allem durch Fusionen, nicht aber durch endogenes Wachstum so groß geworden.

Eine wichtige Rolle spielt darüber hinaus auch die Branchenstruktur; so sind typischerweise hochproduktive Bran-

chen wie die Chemieindustrie oder der Kraftwagenbau im Osten insgesamt eher schwächer vertreten als im Westen, während eher geringproduktive Branchen wie das Nahrungsmittel- und Genussmittelgewerbe oder die Metallbearbeitung höhere Beschäftigtenanteile aufweisen als in Westdeutschland. Auch das mindert die durchschnittliche Produktivität in den ostdeutschen Ländern, hat aber nichts mit der Leistungsfähigkeit der Beschäftigten zu tun. Und schließlich überwiegen im Osten eher reine Produktionsstätten in der Industrie, während höherwertige Teile der Wertschöpfungskette oftmals im Westen angesiedelt sind.

Man mag das alles bedauern, aber Größenstruktur, Branchenstruktur und Funktionalstruktur der ostdeutschen Industrie sind im Wesentlichen Ergebnis der Transformationshistorie seit 1990, als es vornehmlich darum ging, Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, jedoch wenig Wert auf die Qualität der Arbeitsplätze gelegt wurde. Die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen 30 Jahre hat insoweit „Pfadabhängigkeiten“ geschaffen, die die Entwicklung auch in Zukunft weiter prägen werden. Von dieser Seite her muss also damit gerechnet werden, dass der Produktivitätsrückstand noch längere Zeit bestehen bleiben wird.

Die genannten strukturellen Unterschiede als Ursache des Produktivitätsrückstands Ostdeutschlands sind schon vielfach analysiert worden und insoweit nichts Neues.⁷ Die Produktivitätslücke bleibt jedoch auch nach einer Bereinigung um diese strukturellen Unterschiede bestehen, auch wenn sie dann um einiges kleiner ausfallen dürfte.⁸ Die Gründe hierfür sind vielfältig. So könnte sich das höhere Durchschnittsalter der Beschäftigten in Ostdeutschland produktivitätsmindernd auswirken

(zum einen, weil die Individualproduktivität⁹ mit steigendem Lebensalter tendenziell sinkt, zum anderen, weil Unternehmen als Reaktion hierauf eine Produktionstechnologie wählen, die eher auf die spezifischen Fähigkeiten und Bedürfnisse älterer Beschäftigter ausgerichtet ist und deswegen möglicherweise nur eine geringere Produktivität ermöglicht¹⁰). Darüber hinaus scheint die selektive Abwanderung in den 1990er und frühen 2000er Jahren zu einem relativen Mangel an höher qualifizierten Beschäftigten geführt zu haben, der zu einer Spezialisierung auf weniger anspruchsvolle und damit weniger produktive Technologien bzw. Produkte beigetragen hat.¹¹ Schließlich haben viele ostdeutsche Industrieunternehmen nicht zuletzt wegen der niedrigen Arbeitskosten und der auf die Schaffung von Beschäftigung abzielenden Förderpolitik eine Produktionstechnologie gewählt, die auf einem vergleichsweise hohen Einsatz an Arbeit beruht und deswegen nur eine geringe Wertschöpfung je Arbeitsstunde ermöglicht. Der Einsatz von Maschinen und anderen Ausrüstungsgütern pro Arbeitsplatz ist auch deshalb deutlich niedriger als im Westen.¹² Hinzu kommt, dass aufgrund einer insgesamt eher niedrigen Investitionstätigkeit auch der Modernitätsgrad des Kapitalstocks inzwischen niedriger liegt als dort, was bedeutet, dass in der westdeutschen Industrie tendenziell mit neuerer Technologie produziert wird, die dann ebenfalls eine höhere Arbeitsproduktivität ermöglicht.

Produktivitätsmindernd könnte sich überdies auswirken, dass aufgrund der hohen Subventionsintensität in Ostdeutschland weniger wettbewerbsfähige (und damit weniger produktive) Unternehmen länger im Markt verbleiben konnten. In die gleiche Richtung dürfte gewirkt haben, dass viele Arbeitnehmer*innen in der Vergangenheit angesichts hoher Arbeitslosigkeit auch bereit waren, eher ungünstige Arbeitsbedingungen hinzunehmen, was den Strukturwandel und damit die Reallokation von Ressourcen zugunsten höher produktiver Tätigkeiten hinausgezögert hat. Die hieraus resultierende Nachfrage der Arbeitgeber*innen habe deshalb nicht nur zu niedrigeren Löhnen, sondern auch zu einer geringeren Produktivität ostdeutscher Unternehmen geführt.¹³ Der Sachverständigenrat sieht schließlich auch in einer unzureichenden Allokationseffizienz, die sich beispielsweise in niedrigen Gründungs- und Schließungsraten von Unternehmen niederschlägt, einen Grund für ungünstige Produktivitätsentwicklungen in Deutschland.¹⁴

Weniger oft beachtet, aber gleichwohl bedeutsam, sind unterschiedliche Geschäftsmodelle von Firmen in Ost- und Westdeutschland. Ostdeutsche Unternehmen setzen häufig auf das Rezept, durch niedrigere Preise im Markt bestehen zu können. Strategien, durch innovative Produkte dann auch höhere Preise zu erzielen, sind hingegen weniger stark verbreitet. Für diese These sprechen auch die vergleichsweise geringen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten ostdeutscher Unternehmen. Die meisten ostdeutschen Industriebetriebe verfolgen nach Untersuchungen des ifo Instituts¹⁵ nach wie vor eine Strategie, die man mit dem Label „arbeitsintensive (Lohn-)Fertiger“ bzw. „volumenflexible spezialisierte Zulieferer“ kennzeichnen könnte. Wesentlicher Wettbewerbsparameter ist hier der Preis; die Wachstumsaussichten sind aber nicht zuletzt wegen hohen internationalen Konkurrenzdrucks oftmals gering. Da sich die statistisch gemessene Produktivität

(Wertschöpfung je Einheit Arbeitseinsatz) nur nominal ermitteln und vergleichen lässt, führen niedrigere Absatzpreise aber unmittelbar auch zu einer geringeren Produktivität, selbst wenn die Beschäftigten in Stück oder Tonnen gerechnet ähnlich viel produzieren würden wie ihre Kolleg*innen anderswo.

Darüber hinaus ermöglichen es die niedrigeren Löhne in Ostdeutschland, dass Unternehmen, die sich nicht als pure Preisnehmer verhalten, auch bei geringeren Absatzpreisen noch auskömmliche Gewinne erwirtschaften können. Wenn also Unternehmen ihre Verkaufspreise durch einen Gewinnaufschlag auf die Produktionskosten ermitteln, führen niedrige Arbeitskosten automatisch auch zu niedrigeren Preisen. Und schließlich dämpfen niedrige Löhne auch die regionale Kaufkraft, so dass höhere Preise zumindest bei primär regional gehandelten (Konsum-)Gütern am Markt kaum durchzusetzen sind. Das niedrigere Lohnniveau im Osten ist insoweit nicht nur Folge, sondern zugleich auch Ursache einer geringeren (nominalen) Produktivität.

Da sich die BWS als Differenz zwischen Produktionswert (Umsatz) und Ausgaben für Vorleistungen ergibt, können zudem auch höhere Vorleistungspreise die statistisch gemessene Produktivität verringern. Ostdeutsche Unternehmen sind wegen ihrer geringen Größe oft nicht in der Lage, durch Bestellung größerer Mengen an Vorleistungsgütern Preisvorteile auszuhandeln. Denkbar ist außerdem, dass westdeutsche Unternehmen eher auf globale Bezugsquellen zurückgreifen als ostdeutsche Unternehmen und auf diese Weise einen Preisvorteil auf der Beschaffungsseite erreichen können. Beides – niedrigere Absatzpreise und höhere Vorleistungspreise – können also dazu führen, dass die (nominale) Produktivität in Ostdeutschland gering ausfällt.

Leider liefert die amtliche Statistik jedoch keine Angaben über das Niveau der Absatz- und Vorleistungspreise auf regionaler Ebene, so dass sich diese These nicht im Detail untersuchen lässt. Dennoch gibt es einige Indizien dafür, dass die geringere Produktivität im Osten zumindest in der Tendenz auch durch die genannten Preiseffekte verursacht sein kann:

- Die Relation zwischen industrieller BWS laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (VGR) und Umsätzen (als Indikator für den Bruttoproduktionswert) gemäß Industriestatistik lag im Jahr 2020 (neuere Werte liegen nicht vor) in Ostdeutschland um knapp drei Prozentpunkte höher als im Westen.¹⁶ Dies könnte durch höhere Vorleistungspreise wie auch durch niedrigere Absatzpreise bedingt sein. Denkbar ist zwar auch eine geringere Wertschöpfungstiefe ostdeutscher Unternehmen, was aber an den Auswirkungen auf die statistisch gemessene Produktivität nichts ändert.
- Im Außenhandel, für den Werte und reale Volumengröße (nach Gewicht) vorliegen,¹⁷ erzielen Industrieunternehmen aus Westdeutschland Preise, die pro Tonne um rund 45% höher liegen als bei Unternehmen aus Ostdeutschland. Dies gilt für nahezu alle in der Außenhandelsstatistik erfassten Gütergruppen.¹⁸ Allerdings ist einschränkend zu berücksichtigen, dass die Maßeinheit „Tonne“ bei vielen Gütern nichts über die Qualität oder Beschaffenheit der Waren aussagt; insoweit können sich hier auch produktspezifische Unterschiede niederschlagen.
- Tiefergehende Untersuchungen des IWH¹⁹ finden Belege dafür, dass es zumindest bis 2014 vielfach einen deutlichen

Preisnachteil ostdeutscher Hersteller bei gleichartigen Gütern gab; nur bei sehr wenigen Produkten war das Gegenteil der Fall. Diese werden von den Autoren zumindest bei Konsumgütern auf eine höhere Zahlungsbereitschaft für Markenprodukte aus dem Westen zurückgeführt. In geringerem Umfang finden sich derartige Preisunterschiede aber auch bei anderen Gütern, was auf vertikale Produktdifferenzierung oder Qualitätsunterschiede schließen lässt. Ein weiteres Ergebnis ihrer Analyse ist, dass auch bei gleichen Preisen die physische Produktivität im Osten geringer ist, so dass der Produktivitätsrückstand eben nicht allein auf geringere Absatzpreise zurückgeführt werden kann.²⁰

– Eine Studie aus den 1990er Jahren²¹ zeigt zudem, dass sächsische Unternehmen im Jahr 1995 sowohl niedrigere Absatzpreise als auch höhere Vorleistungspreise hinzunehmen hatten als bayrische Produzenten gleichartiger Produkte. Dieser Preisnachteil hat sich seither – gemessen an der Entwicklung des Deflators der BWS – sogar noch verschlechtert. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die amtliche Statistik keine regionalen Preisindizes der Wertschöpfung erhebt,²² so dass dieser Effekt allein durch Strukturverschiebungen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes zustande gekommen ist.

Angesichts der Vielzahl unterschiedlicher Ursachen einer geringeren (industriellen) Produktivität bedarf es wohl auch differenzierter Ansätze, will man politisch eine weiterhin stärkere Konvergenz der ostdeutschen Wirtschaft erreichen. Dabei darf man wohl auch nicht nur (und nicht primär) auf modernere Anlagen oder auf Effizienzverbesserungen in der Produktion setzen, sondern sollte viel stärker versuchen, durch attraktivere Produkte (und das heißt vor allem: durch Innovationen) höhere Umsatzerlöse je Produkteinheit zu erzielen. Das ist ein Ansatzpunkt, der bis heute in der Politik (aber auch bei den Unternehmen selbst) eher wenig Berücksichtigung findet, obwohl seitens der Wissenschaft seit wenigstens 20 Jahren hierauf immer wieder hingewiesen wird.²³ Ein Grund dafür dürfte es sein, dass es administrativ einfacher ist, Investitionen anstelle von Innovationen zu fördern.

MÖGLICHKEITEN ZUR ERHÖHUNG DES INDUSTRIALISIERUNGSGRADES

Vor allem der Süden Ostdeutschlands (also Sachsen, Thüringen und Teile Sachsen-Anhalts) stellten vor 1945 das industrielle Zentrum Deutschlands dar.²⁴ Hieran konnte in Teilen auch nach 1990 wieder angeknüpft werden, was sich bis heute in vergleichsweise hohen Beschäftigungsanteilen des Verarbeitenden Gewerbes in diesen Bundesländern niederschlägt. Der Abstand insbesondere zu den süddeutschen Bundesländern ist allerdings selbst hier weiterhin erheblich. Wie gezeigt (vgl. Tab. 1), kann der niedrige Industrialisierungsgrad Ostdeutschlands als ein weiterer Grund für das geringe gesamtwirtschaftliche Produktivitätsniveau angesehen werden.

Da das Wachstum von bestehenden Unternehmen auf absehbare Zeit wohl kaum ausreichen wird, zu einem höheren Industrialisierungsgrad Ostdeutschlands zu kommen, bedarf es daher wohl vermehrter Ansiedlungen von Industriebetrieben. Diese stellen im Regelfall besondere (allerdings von Branche zu Branche unterschiedliche) Anforderungen an den Standort, wie eine ausreichende Verfügbarkeit von Gewerbe-

flächen, eine günstige Verkehrsanbindung und ein ausreichendes Arbeitskräftepotenzial. Untersuchungen des ifo Instituts zeigen, dass die meisten Landkreise Ostdeutschland diesbezüglich durchaus mit Standorten in Westdeutschland mithalten können,²⁵ auch wenn es Standortnachteile gibt, die vor allem struktureller Art sind und deswegen wohl dauerhaft bestehen bleiben werden (wie z. B. eine ungünstige Siedlungsstruktur oder ein genereller Lagenachteil mancher ostdeutscher Regionen). Wichtiger scheint es, dass sich die Anzeichen dafür mehren, dass Deutschland insgesamt als Standort für industrielle Neuansiedlungen relativ zu anderen Weltregionen an Attraktivität verliert: Es gibt kostenseitige Nachteile (insbesondere bei Energie- und Arbeitskosten); Genehmigungsverfahren dauern oftmals länger als anderswo; die verkehrliche Infrastruktur ist in vielen Teilen des Landes in einem schlechten Zustand; bei der Digitalisierung liegt Deutschland ebenfalls gegenüber anderen Ländern zurück. Zunehmend fehlt es überdies an Arbeitskräften gerade auch in industriellen Berufen.²⁶ Die von der Bundespolitik vorangetriebene Transformation hin zu einer klimaneutralen Produktionsweise könnte zudem zunächst einmal zu einer Schwächung der Wirtschaftskraft führen, weil sie Kapital bindet, das für produktivitätssteigernde Investitionen dann nicht mehr zur Verfügung steht. Das alles gilt zwar grundsätzlich für ganz Deutschland, damit aber eben auch im Osten des Landes. Chancen können sich aber dadurch ergeben, dass zunehmend die Versorgung mit (regenerativen) Energien maßgeblich für Standortentscheidungen von Industrieunternehmen wird, und hier weisen weite Teile Ostdeutschlands Vorteile gegenüber bisher bevorzugten Standorten im Süden Deutschlands auf. Insoweit ist eine Verschiebung industrieller Aktivitäten innerhalb Deutschlands nicht gänzlich ausgeschlossen, was dann auch die Produktivitätsunterschiede weiter reduzieren könnte.

Doch auch wenn die aktuelle Diskussion diese Standortnachteile in den Vordergrund rückt, sollte man den Standort auch nicht schlechter machen als er ist. Zwar belegt Deutschland im jüngsten IMD-Standortranking²⁷ nur noch Platz 22 (im Vorjahr noch Platz 15), doch spiegelt dies auch konjunkturelle Faktoren wider (geringes Wirtschaftswachstum, hohe Inflation u. ä.) und ist insoweit für längerfristige Investitionsentscheidungen nicht unbedingt repräsentativ. Vor allem bei Faktoren wie Forschungsinfrastruktur, sozialer Stabilität oder Finanzierungsbedingungen für Unternehmen belegt Deutschland weiterhin gute Plätze. Dennoch sollte die Politik der Verbesserung der Standortbedingungen für Industrieunternehmen weiterhin hohe Aufmerksamkeit schenken, um ein weiteres Zurückfallen gegenüber anderen Ländern zu verhindern. Ob die von der Bundesregierung geplanten Maßnahmen (z. B. im „Wachstumschancengesetz“²⁸) hier tatsächlich hinreichend und sinnvoll sind, lässt sich sicherlich kritisch diskutieren, und auch die angekündigte Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren dürfte in der Umsetzung sicherlich noch viel Zeit und Mühen beanspruchen.

In jüngerer Zeit haben eine ganze Reihe von international tätigen Industriekonzernen große Produktionsstätten in Ostdeutschland errichtet bzw. angekündigt, so in der Automobilindustrie (TESLA, CATL), der Energiewirtschaft (Meyer-Burger) oder der Halbleiterindustrie (INTEL, TSMC, INFINEON). Das alles ist aus ostdeutscher Sicht zu begrüßen²⁹, sollte aber auch nicht

überbewertet werden: Die Auswirkungen auf die Beschäftigung sind gering (so machen selbst die inzwischen 10000 Beschäftigten bei TESLA nur rund 0,9% aller Beschäftigten in Brandenburg aus, und auch die angekündigten Arbeitsplätze bei INTEL in Magdeburg und TSMC in Dresden sind bezogen auf die gesamte Beschäftigung in Sachsen-Anhalt bzw. Sachsen eher unbedeutend), und selbst mit Blick auf die industrielle Wertschöpfung (und damit die Produktivität) dürften die positiven Auswirkungen überschaubar bleiben. Stärkere Wirkungen sind nur zu erwarten, wenn es auch zur Ansiedlung von produktivitätsstarken Zulieferunternehmen kommt, was aber wegen der globalen Orientierung dieser Unternehmen nicht notwendigerweise der Fall ist. Allerdings ist damit zu rechnen, dass die Neuansiedlungen im Umfeld zu Lohnsteigerungen führen werden, die wiederum bereits ansässige (und im Regelfall produktivitätsschwächere) Unternehmen aus dem Markt drängen werden. Einer möglichen Ausweitung des industriellen Sektors wirkt dies entgegen; mit Blick auf die Produktivitätsentwicklung dürfte dies aber positiv sein, weil zu den unmittelbaren produktivitätssteigernden Effekten der Neuansiedlungen eine indirekte Wirkung durch einen verstärkten Strukturwandel hinzukommt, den man dann aber auch zulassen muss.

Ostdeutschland ist weiterhin nahezu flächendeckend als Zielgebiet der regionalen Wirtschaftsförderung eingestuft, was es ermöglicht, Investitionen mit Zuschüssen besonders zu unterstützen. Dies ist richtig und sollte auch auf absehbare Zeit so beibehalten werden. Anders als in der Vergangenheit sollte es dabei aber nicht mehr primär darum gehen, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, sondern vor allem darum, die Produktivität zu erhöhen, mit anderen Worten: Die Qualität der Arbeitsplätze stärker in den Blick zu nehmen. Dies spricht dafür, im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ nicht wie bisher Neu- und Erweiterungsinvestitionen zu fördern, sondern viel stärker auch die Modernisierung des bestehenden Kapitalstocks. Dies ist nach dem gegenwärtigen Rechtsstand jedoch nur für kleine und mittlere Unternehmen möglich, und auch hier nur in engen Grenzen (bis zu 200000 Euro Fördersumme innerhalb von drei Jahren). Nicht so recht überzeugend ist überdies, dass seit diesem Jahr auch Investitionen, die der Bekämpfung des Klimawandels oder der Erhöhung der Energieeffizienz dienen, besonders gefördert werden können, da es sich hierbei nicht um regionalwirtschaftliche Zielsetzungen handelt. Sinnvoller erscheint es, derartige Ziele dann mit Hilfe von sektorspezifischen, aber nicht auf bestimmte Regionen konzentrierten Förderprogrammen zu verfolgen. In vielen Fällen wird die Transformation von Produktionstechnologien hin zu energieeffizienteren Strukturen aber wohl im Zuge „normaler“ Investitionszyklen passieren, so dass weitergehende Anpassungshilfen dann ohnehin nicht erforderlich sind.

ABSCHLIESSENDE BEMERKUNGEN

Die voranstehenden Ausführungen haben deutlich gemacht, dass der Produktivitätsrückstand der ostdeutschen Industrie (und damit Ostdeutschlands insgesamt) auf Faktoren zurückzuführen sind, die durch politisches Handeln kaum zu beheben sind und deswegen wohl noch für längere Zeit bestehen bleiben dürften.³⁰ Gleichzeitig zeigt es sich, dass der reine Ost-West-

Vergleich ohnehin längst nicht mehr zeitgemäß ist, weil auch in Westdeutschland starke regionale Unterschiede bestehen, insbesondere zwischen den südlichen und den norddeutschen Bundesländern. Hierin spiegeln sich zum einen strukturell unterschiedliche Standortbedingungen wider, zum anderen aber auch die Folgen von Standortentscheidungen von Unternehmen bzw. politischen Maßnahmen der Vergangenheit, die zu längerfristig wirksamen Pfadabhängigkeiten geführt haben. Die Erfahrungen mit regionalökonomisch motivierten Industrie- und Strukturpolitiken sind insoweit ernüchternd: Trotz aller Interventionen der Regionalpolitik weisen die meisten westdeutschen Regionen, die in den 1970er Jahren als strukturschwach galten, auch heute noch eine geringere Wirtschaftskraft auf, und ähnliches ist grosso modo auch für Ostdeutschland zu erwarten – gerade auch, weil die demografischen Rahmenbedingungen in Ostdeutschland eben nicht auf rasche Konvergenz hindeuten.

Auch fortdauernde (sektorale) Produktivitätsunterschiede führen aber nicht zwangsläufig auch zu dauerhaften Wohlstandsunterschieden zwischen den Regionen, gemessen an den Pro-Kopf-Einkommen der privaten Haushalte oder den Steuereinnahmen von Ländern und Kommunen. Hier spielen auch Wanderungsbewegungen zwischen den Regionen und die bestehenden Ausgleichsmechanismen des Steuer- und Transfersystems auf der einen Seite und des Finanzkraftausgleichs (bzw. kommunale Finanzausgleichssysteme) auf der anderen Seite eine Rolle, die zu einer Umverteilung von Einkommen führen, die anfängliche Unterschiede in der originären Wirtschaftskraft zu einem erheblichen Teil nivellieren. Da eine Angleichung der Wirtschaftskraft zwischen strukturschwächeren und strukturstärkeren Regionen innerhalb Deutschlands auf absehbare Zeit nicht zu erreichen sein dürfte, wird man im Interesse der „Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen“ auf diese Ausgleichsmechanismen auch künftig nicht verzichten können. Da eine zu starke Umverteilung aber auch negative Anreizeffekte auslösen kann, besteht die wesentliche Herausforderung darin, Ausgleichs- und Wachstumsziele in einer Weise auszutarieren, die den gesamtwirtschaftlichen Wohlstand nicht über Gebühr beeinträchtigt.

LITERATUR

AK VGR der Länder – Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (Hrsg.) (2019), Methodenbeschreibung ESVG 2010/Revision 2019, Kapitel 1.3, Download unter https://www.statistikportal.de/sites/default/files/2023-02/vgrdl_01-00-00_RV2019.pdf.

Bachmann, R., Bayer, C., Stüber, H. und F. Wellschmied (2022), Monopsony Makes Firms Not Only Small But Also Unproductive: Why East-Germany Has Not Converged, CESifo Working Paper Nr. 9 751, München.

IWH – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) (2001), Produktivitätsunterschiede und Konvergenz von Wirtschaftsräumen – Das Beispiel der neuen Länder, IWH-Sonderheft 3/2001, Halle (Saale).

Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.) (2023), Gesetz zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness (Wachstumschancengesetz), Download unter https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Gesetzestexte/Gesetze_Gesetzesvorhaben/Abteilungen/Abteilung_IV/20_Legislaturperiode/2023-09-08-WtChancenG/0-Gesetz.html.

DIW/IfW/IWH/ZEW (Hrsg.) (2003), Zweiter Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland, IWH-Sonderheft 7/2003, Halle (Saale).

- Glöckner, E. (2023), „Mit regionalen Potenzialen gegen den Fachkräftemangel“, ifo Dresden berichtet 30 (03), S. 3-9.
- IMD – World Competitiveness Center (Hrsg.) (2023), IMD World Competitiveness Ranking 2023, Download unter <https://www.imd.org/centers/wcc/world-competitiveness-center/rankings/world-competitiveness-ranking/>.
- Merkel, C. und D. Snower (2006), The Caring Hand that Cripples: The East German Labor Market after Reunification, Kieler Arbeitspapiere Nr. 1 263.
- Mertens, M. und S. Müller (2020), The East-West German Gap in Revenue Productivity: Just a Tale of Output Prices? IWH Discussion Papers 14/2020.
- Mertens, M. und S. Müller (2022), „Die Ost-West-Produktivitätslücke: Die Rolle von Produktspezialisierung, Produktpreisenunterschieden und physischer Produktivität“, Wirtschaft im Wandel, Heft 1/2022, S. 6-9.
- Müller, G. (1998), „Schmalere Produktivitätslücke bei Beachtung von Preiseffekten“, Wirtschaft im Wandel, Heft 4/1998, S. 14-19.
- Müller, S. und G. Neuschäfer (2019), „Ostdeutscher Produktivitätsrückstand und Betriebsgröße“, Wirtschaft im Wandel, Heft 3/2019, S. 53-56.
- Ochsner, C. (2018), „Faktoren schnell wachsender Unternehmen – wo steht Ostdeutschland?“, ifo Dresden berichtet, 25 (01), S. 10-16.
- Ragnitz, J. (2007), Explaining the East German Productivity Gap – The Role of Human Capital, Kieler Arbeitspapiere Nr. 1 310.
- Ragnitz, J. (2017), „Auferstanden aus Ruinen: Gründe für den wirtschaftlichen Erfolg Sachsens nach der Wiedervereinigung“, ifo Dresden berichtet, 24 (06), S. 25-30.
- Ragnitz, J., (2022), „Stärken und Schwächen der strukturschwachen Regionen in Deutschland“, ifo Dresden berichtet, 29 (04), S. 7-15.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.) (2011), Herausforderungen des demografischen Wandels, Wiesbaden, S. 105-117.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.) (2023), Wachstumsschwäche überwinden – in die Zukunft investieren, Jahresgutachten 2023/24, S. 118.
- 5 Die Konvergenz auf gesamtwirtschaftlicher Ebene wird maßgeblich durch Produktivitätssteigerungen im öffentlichen Sektor vorangetrieben, die mangels aussagekräftiger Wertschöpfungsindikatoren aber primär Lohnentwicklung hier widerspiegelt.
- 6 Ausnahme ist hier das Land Brandenburg, wo die industrielle Produktivität zwar hoch ist (120% der durchschnittlichen gesamtwirtschaftlichen Produktivität), was aber durch eine geringe Größe dieses Sektors (11% des Arbeitsvolumens) kompensiert wird.
- 7 Vgl. beispielhaft IWH (2001).
- 8 Vgl. z. B. Müller und Neuschäfer (2019).
- 9 Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2011), S. 105-117.
- 10 Vgl. Merkel und Snower (2006).
- 11 Vgl. Ragnitz (2007).
- 12 Angaben hierzu gibt es nur für das Produzierende Gewerbe insgesamt; hier lag die Kapitalintensität (Bruttobestand an Ausrüstungen und sonstigen Anlagen in Wiederbeschaffungspreisen je Erwerbstätigen) im Jahr 2020 um 20% niedriger als in Westdeutschland.
- 13 Vgl. Bachmann et al. (2022).
- 14 Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2023), S. 118.
- 15 Vgl. Ochsner (2018).
- 16 Angaben für den Sektor Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe. Die Industriestatistik bezieht sich allerdings auf Betriebe mit wenigstens 20 Beschäftigten, während sich die VGR-Angaben auf alle Unternehmen beziehen.
- 17 Für einzelne Bundesländer und Güter(gruppen) liegen Mengen- und Wertindikatoren auch aus der Produktionsstatistik vor; infolge von erheblichen Datenlücken ist ein Vergleich zwischen Ost- und Westländern aber nicht möglich.
- 18 Ausnahmen sind insbesondere Produkte des Fahrzeugbaus und der Datenverarbeitungsindustrie.
- 19 Vgl. Mertens und Müller (2020).
- 20 Vgl. Mertens und Müller (2022).
- 21 Vgl. Müller (1998).
- 22 Die Ermittlung preisbereinigter Angaben auf Länderebene erfolgt durch Deflationierung der nominalen Wertschöpfung mit Hilfe der gesamtdeutschen Preisveränderungsraten; vgl. AK VGR der Länder (2019).
- 23 Vgl. z. B. DIW/IfW/IWH/ZEW (2003).
- 24 Vgl. Ragnitz (2017).
- 25 Vgl. Ragnitz (2022).
- 26 Vgl. Glöckner (2023).
- 27 Vgl. IMD – World Competitiveness Center (2023).
- 28 Vgl. Bundesministerium der Finanzen (2023).
- 29 Dass diese Investitionen teilweise nur aufgrund erheblicher Subventionierung zustande gekommen sind, kann hier außer Betracht bleiben, da hierfür keine regionalökonomischen Zielsetzungen ausschlaggebend waren.
- 30 Dies war auch wesentliches Ergebnis der oben zitierten IWH-Studie aus den späten 1990er Jahren (vgl. Fußnote 6) und rechtfertigt somit die Überschrift dieses Beitrags.
-
- 1 Norddeutschland: Niedersachsen, Schleswig-Holstein; Süddeutschland: Bayern, Baden-Württemberg und Hessen. Der Unterschied des BIP je Erwerbstätigen zwischen den norddeutschen und den süddeutschen Flächenländern beträgt rund 12 Prozentpunkte.
- 2 Zu berücksichtigen ist, dass das nominale BIP auch die im Jahr 2022 stark gestiegenen Rohöl- und Energiepreise widerspiegelt. Da in Brandenburg und Sachsen-Anhalt ein hoher Anteil der Wertschöpfung auf den Bereich „Bergbau und Energie“ sowie auf die Mineralölwirtschaft entfällt, die von den Preissteigerungen eher profitieren konnten, fällt der Anstieg des BIP hier überdurchschnittlich hoch aus. Beim realen BIP ist ein solcher Effekt nicht zu erkennen.
- 3 Seither wird zur Bestimmung der Strukturschwäche einer (Arbeitsmarkt) Region ein gesamtdeutsch gleichartiges Indikatorensystem herangezogen, das das BIP je Erwerbstätigen, die Unterbeschäftigungsquote, einen vorausschauenden Demografieindikator sowie einen zusammengefassten Infrastrukturindikator beinhaltet.
- 4 Einschließlich Berlin: 76,3%.

Niels Gillmann, Yvo Künzel und Joachim Ragnitz*

ifo Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen im Winter 2023: Erholung ohne Schwung

Im Jahr 2023 dürfte die Wirtschaftsleistung in Ostdeutschland und Sachsen auf der Stelle getreten haben, während in Deutschland sogar eine leichte Schrumpfung um -0,3% zu verzeichnen war. Im laufenden Jahr 2024 dürfte die wirtschaftliche Leistung in Ostdeutschland und Sachsen dann wieder um 0,8%, bzw. 0,7% zunehmen (Deutschland: 0,9%). Die Dynamik am Arbeitsmarkt dürfte sich jedoch abschwächen; die Zahl der Erwerbstätigen wird dann lediglich um 0,0% bzw. 0,1% steigen. Auch hierbei spielt der demografisch bedingte Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials eine entscheidende Rolle.

EINLEITUNG

Im Jahr 2023 dürfte die Wirtschaft in Ostdeutschland und Sachsen auf der Stelle getreten haben (vgl. Tab. 1), während in Deutschland insgesamt sogar eine leichte Schrumpfung um -0,3% zu verzeichnen war. Somit war der gesamtwirtschaftliche Trend im vergangenen Jahr negativ. Maßgeblich hierfür war unter anderem die Schwäche in der Industrie, welche durch einen Produktionsrückgang bei den energieintensiven Unternehmen sowie einen Exportrückgang in die Länder außerhalb der EU bedingt war. Gleichzeitig machten sich in den konsumnahen Dienstleistungsbereichen die Kaufkraftverluste aufgrund der hohen Inflation bemerkbar. Diese schlagen sich in den einkommensschwächeren ostdeutschen Bundesländern in einer höheren Kaufzurückhaltung nieder als in Deutschland insgesamt.

Für das Jahr 2024 erwartet das ifo Institut eine Zunahme der Wirtschaftsleistung in Ostdeutschland und Sachsen um 0,8% und 0,7% (Deutschland: 0,9%). Ein Grund dafür ist die nachlassende Inflation, welche, kombiniert mit kräftigen Lohnsteigerungen, zu einem Kaufkraftgewinn und zu einer steigenden Nachfrage im Dienstleistungssektor führen dürfte. Dieser

Effekt dürfte in Ostdeutschland insgesamt stärker wirken als im industrielastigeren Sachsen. Gleichwohl dürfte auch die Industrie im weiteren Prognosezeitraum wieder expandieren, angetrieben von einer stärkeren globalen und inländischen Nachfrage. Belastend wirkt sich aber zunehmend der demografische Wandel aus, der in allen Wirtschaftsbereichen zu einer zunehmenden Arbeitskräfteknappheit führt. Hiervon ist Ostdeutschland wegen der ungünstigeren Altersstruktur besonders betroffen. Dieser führt zu einer Dämpfung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums.

Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte in Ostdeutschland und Sachsen im vergangenen Jahr zwar nochmals um je 0,4% gestiegen sein. Im laufenden Jahr dürfte sich die Dynamik am Arbeitsmarkt jedoch abschwächen; die Zahl der Erwerbstätigen wird dann lediglich um 0,0% bzw. 0,1% steigen. Auch hierbei spielt der demografisch bedingte Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials eine entscheidende Rolle.

* Niels Gillmann ist Doktorand, Yvo Künzel war zum Zeitpunkt der Erstellung Praktikant und Prof. Dr. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Tab. 1

Eckdaten der ifo Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)

	Ostdeutschland		Sachsen	
	2023	2024	2023	2024
Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt)	0,0	0,8	0,0	0,7
Bruttowertschöpfung (preisbereinigt)				
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	-1,3	0,1	-1,0	0,8
Baugewerbe	-1,7	-2,9	-2,1	-3,6
Handel, Verkehr, Gastgewerbe; Information und Kommunikation	0,4	2,5	0,3	2,1
Finanz- und Versicherungs-DL; Grundstücks- und Wohnungswesen; Untern.-DL	0,6	1,5	0,7	1,5
Öffentliche und Sonstige Dienstleister	1,0	0,8	1,2	0,7
Erwerbstätige	0,4	0,0	0,4	0,1

Quelle: ifo Institut, Prognose vom Winter 2023.

© ifo Institut

DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IM ÜBERBLICK¹

Die Weichen für die deutsche Wirtschaft sind für das Jahr 2024 auf Erholung gestellt. Die Inflation ist weiter auf dem Rückzug, die Lohneinkommen steigen mit kräftigen Raten und die Beschäftigung ist so hoch wie nie zuvor im wiedervereinigten Deutschland. Damit kehrt Kaufkraft zurück und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage sollte wieder zulegen. Zudem dürften wegen der sinkenden Inflation auch der Zinshöhepunkt überschritten sein und im Frühsommer des Jahres die Europäische Zentralbank eine erste Leitzinssenkung beschließen. Das dürfte die deutschen Absatzmärkte im Ausland stützen, zumal auch dort mit einem Kaufkraftplus zu rechnen ist. Daher sollten der globale Warenhandel und der Warenkonsum wieder zulegen und zu den Konjunkturtreibern werden. Die Baukonjunktur wird hingegen weiter abkühlen. Vor allem im Wohnungsbau dürfte die Auftragslage angespannt bleiben, da die Baupreise nach wie vor hoch sind und die Kreditzinsen nur sehr langsam sinken. Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach einem Rückgang um -0,3% im Jahr 2023 um 0,9% im Jahr 2024 zunehmen. Unsicherheit geht von der Finanzpolitik aus. Die vorliegende Prognose geht von der Annahme aus, dass ungeachtet der Haushaltslücke alle bisher geplanten finanzpolitischen Maßnahmen umgesetzt werden. Sollten jedoch zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen beschlossen werden, um einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen, ist es sehr wahrscheinlich, dass die vorliegende Prognose zu optimistisch ist.

DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IN OSTDEUTSCHLAND UND SACHSEN

Überblick

Laut Halbjahresergebnissen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder schrumpfte das BIP in Deutschland im ersten Halbjahr des Jahres 2023 um -0,3%.

In Sachsen fiel der Rückgang mit -0,7% noch deutlicher aus. In Ostdeutschland insgesamt stagnierte das Wachstum. In der zweiten Jahreshälfte dürfte die Entwicklung nochmals schwächer ausgefallen sein als im ersten Halbjahr.

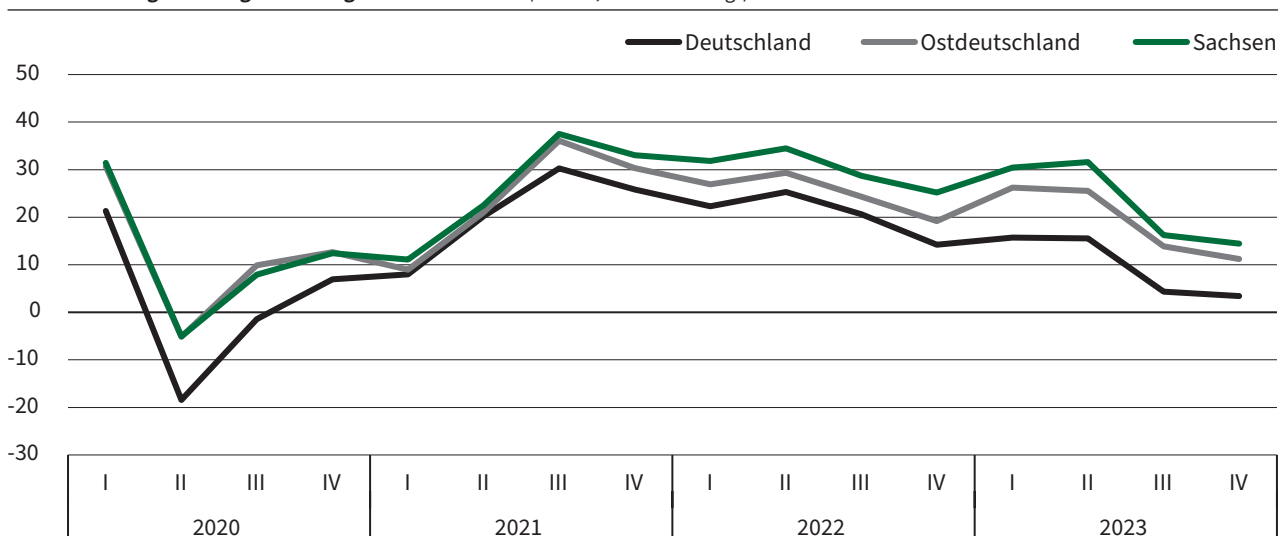
Ein Grund hierfür war es, dass die Wirtschaft weiterhin mit hohen kostenseitigen Belastungen und nachlassendem privaten Konsum zu kämpfen hatte. Die Sparquote ist immer noch sehr hoch. Auch der Welthandel lieferte gleichbleibend wenige Impulse für die deutsche Industrie. Insgesamt fiel die Entwicklung also negativer aus als erwartet. So schrumpften im dritten Quartal des Jahres 2023 fast alle Bereiche. Dies ist auch an der Entwicklung des ifo Geschäftsklimaindex zu erkennen: So entwickelte sich die Geschäftslage im dritten Quartal 2023 negativ. Deutschland befindet sich weiterhin insgesamt unter dem Niveau des Vorjahres. In Ostdeutschland und Sachsen wird die Geschäftslage von den Unternehmen etwas besser eingeschätzt (vgl. Abb. 1).

Die für den weiteren Jahresverlauf relevante Entwicklung der ifo Geschäftserwartungen zeigte für das vierte Quartal des Jahres 2023 nach oben (vgl. Abb. 2). Insgesamt ist deswegen davon auszugehen, dass die Wirtschaft im Jahr 2024 wieder zulegen kann. Dafür dürfte es zwei treibende Kräfte geben: Erstens, die Erholung des Welthandels, und zweitens, die wieder steigenden Realeinkommen der Haushalte. Diese beiden Faktoren dürften dazu führen, dass die Industrie im Jahr 2024 wieder positive Wachstumsimpulse leistet. Auch die konsumnahen Dienstleistungsbereiche dürften spürbar zum Wachstum beitragen. Zusätzlich dürfte sich in Ostdeutschland im Jahr 2024 der Sondereffekt von Großansiedlungen insbesondere in der Automobilbranche und ihren Zulieferern im Wachstum bemerkbar machen.

Alles in allem rechnet das ifo Institut mit einer Stagnation des Wirtschaftswachstums in Ostdeutschland und Sachsen im Jahr 2023; im Jahr 2024 ist unter den getroffenen Annahmen eine Expansion der wirtschaftlichen Leistung in Ostdeutschland um 0,8% zu erwarten. In Sachsen dürfte das BIP um 0,7% zunehmen.

Abb. 1

ifo Geschäftslage für die gesamte regionale Wirtschaft^a (Salden, saisonbereinigt)



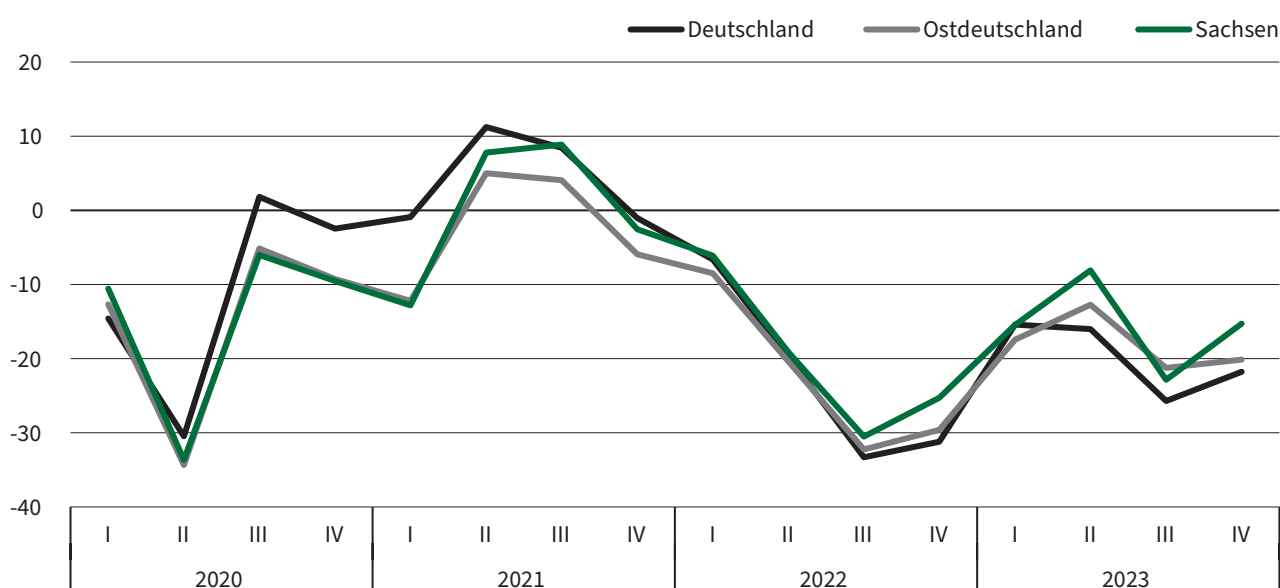
Anmerkung: a) Viertes Quartal 2023 ohne Dezember.

Quelle: ifo Konjunkturumfragen, November 2023.

© ifo Institut

Abb. 2

ifo Geschäftserwartungen für die gesamte regionale Wirtschaft^a (Salden, saisonbereinigt)



Anmerkung: a) Viertes Quartal 2023 ohne Dezember.

Quelle: ifo Konjunkturumfragen, November 2023.

© ifo Institut

Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe

Das Verarbeitende Gewerbe startete zunächst dynamisch in das Jahr 2023. So stieg der nominale Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands im ersten Quartal 2023 im Vergleich zum Vorjahresquartal um 14%. In Sachsen schlug sogar ein Plus von 22% zu Buche. Maßgeblicher Treiber dafür waren die Auslandsumsätze, insbesondere im Handel mit der EU, obwohl der Welthandel seit dem dritten Quartal 2022 leicht rückläufig war.

Da allerdings die nominalen Umsatzzahlen aufgrund der enormen Preissteigerungen derzeit die Entwicklung der realen Produktion stark überzeichnen, betrachten wir im Folgenden die Entwicklung der Arbeitsstunden im Verarbeitenden Gewerbe (vgl. Abb. 3). Auch diese stiegen im ersten Quartal des Jahres 2023 im Vergleich zum Vorjahresquartal in Sachsen, Ostdeutschland und Deutschland kräftig an (Sachsen: +6,4%, Ostdeutschland: +4,6%, Deutschland: +3,0%). Eine große Rolle hierbei hat die sehr positive Entwicklung im Fahrzeugbau gespielt, die vor allem in der sächsischen Industrie das Ergebnis nach oben getrieben hat. Erwähnenswert ist zusätzlich die Eröffnung der Tesla-Fabrik 2022 in Grünheide in Brandenburg, welche die Industrieproduktion hier schon im Jahr 2022 stark ansteigen ließ und zu einer kräftigen Ausweitung der Produktion in diesem Bundesland führte (+8,4% im Verarbeitenden Gewerbe). Im Jahr 2023 dürfte der Effekt noch stärker gewesen sein; Brandenburg wies schon im Halbjahresergebnis für das BIP ein Wachstum von +6% auf.

Allerdings schwächelte die Industrie nach dem starken Jahresauftakt und verzeichnete im zweiten und dritten Quartal 2023 nur noch geringe Zuwächse bei den Arbeitsstunden. Neben einer Normalisierung im Bereich des Fahrzeugbaus im Vergleich zum sehr guten ersten Quartal schlugen hier auch Produktionsrückgänge bei den energieintensiven Vorleistungsgüterproduzenten zu Buche. Dazu zählen unter anderem che-

mische Grundstoffe und die Metallerzeugung. Mittlerweile wurde auf Deutschlandebene schon die Bruttowertschöpfung (BWS) für das Produzierende Gewerbe aktualisiert und der ehemals gute Wert von +1,7% im ersten Quartal 2023 auf -0,5% korrigiert. Es bleibt abzuwarten, was das für Ostdeutschland und Sachsen bedeuten wird, wenn Ende März 2024 die nächste Revision für die Ergebnisse auf Länderebene veröffentlicht wird.

Im Jahr 2024 dürfte der sich allmählich erholende Welt-handel auch die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe nach oben treiben. Somit dürfte dann der Export in die Länder außerhalb der EU wieder steigen. Treiber des Wachstums in Sachsen dürften weiterhin die Automobil- sowie die Elektronikbranche sein. Der sich verstärkende demografische Wandel dürfte dennoch einem noch kräftigeren Wachstum entgegenstehen. Auch besteht die Gefahr, dass es zu Produktionsverlagerungen (oder ausbleibenden Investitionen) aufgrund der im internationalen Vergleich hohen und tendenziell steigenden Energiepreise kommt, was sich ebenfalls negativ auf das industrielle Wachstum auswirken könnte.

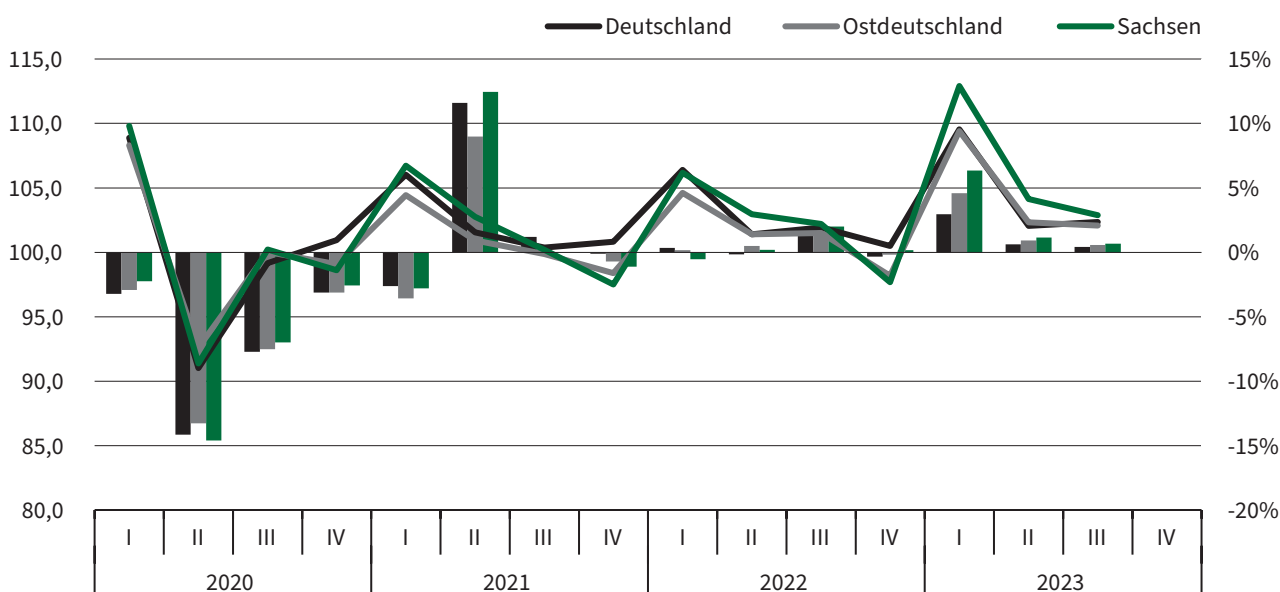
Im Jahr 2023 dürfte die preisbereinigte BWS des Produzierenden Gewerbes (ohne Bau) in Ostdeutschland im Vorjahresvergleich um -1,3% abgenommen haben. In Sachsen dürfte der Rückgang mit -1,0% etwas weniger stark ausgefallen sein. In diesem Jahr dürfte die Industrie mit Wachstumsraten von 0,1% (Ostdeutschland) bzw. 0,7% (Sachsen) dann wieder expandieren.

Baugewerbe

Das Bauhauptgewerbe schrumpfte bereits im Jahr 2022 in Sachsen und Ostdeutschland genauso wie in Deutschland insgesamt. Maßgeblich verantwortlich hierfür waren zwei Gründe: Erstens die Zinserhöhungen der Zentralbanken als Reaktion auf die hohen Inflationsraten. Zweitens stiegen die Materialkosten in Folge der Lieferkettenproblematik nach den Corona-

Abb. 3

Arbeitsstunden im Verarbeitenden Gewerbe (Normiert 2020 = 100, links: Index, rechts: Veränderung zum Vorjahr)



Quelle: Statistisches Bundesamt (2023a, 2023b).

© ifo Institut

Lockdowns stark an. Als Konsequenz hatte die Baubranche zuletzt mit hohen Stornierungszahlen zu kämpfen, insbesondere im Wohnungsbau. Die schlechte Ausgangslage hatte zur Folge, dass zum Jahresauftakt des vergangenen Jahres deutlich weniger gebaut wurde als im Vorjahresvergleich. So waren die Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe im ersten Quartal des Jahres 2023 im Vergleich zum Vorjahresquartal rückläufig (vgl. Abb. 4). Den stärksten Rückgang verzeichnete dabei der Bau in Sachsen.

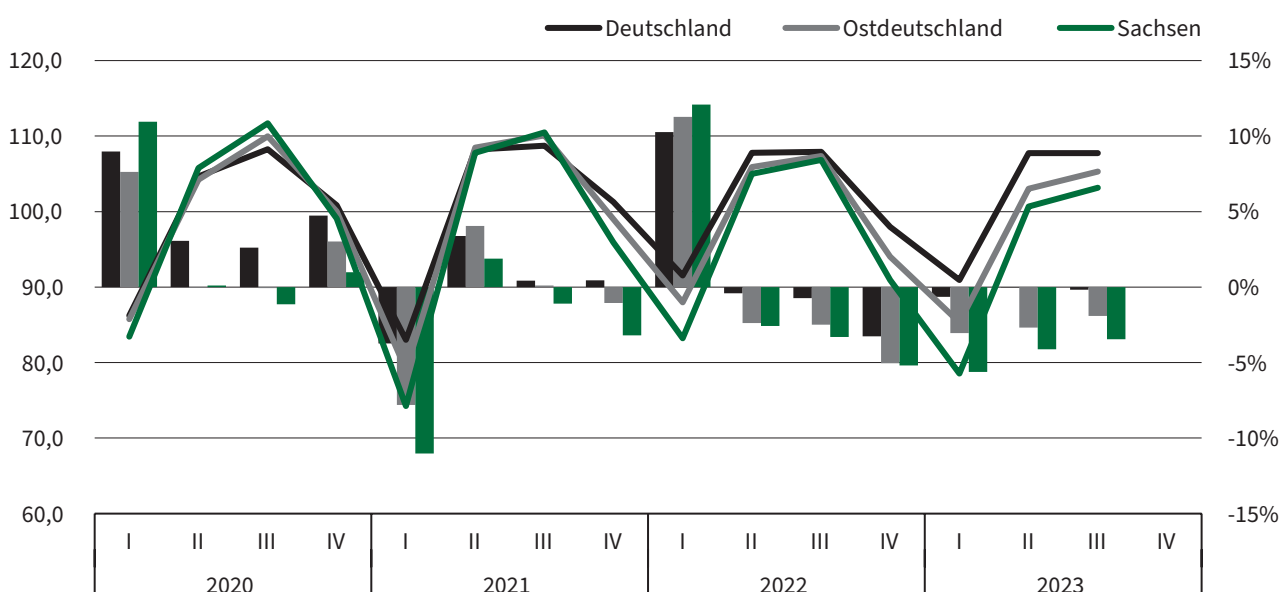
Diese Entwicklung setzte sich im Verlauf des Jahres 2023 weiter fort. Im zweiten und dritten Quartal verzeichnete das Bauhauptgewerbe im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresquartal Rückgänge der Arbeitsstunden. Insgesamt dürfte die reale

BWS im Baugewerbe im Jahr 2023 weiter zurückgegangen sein. Die anhaltend hohen Preise für Bauleistungen, ein weiterer Zinsanstieg sowie die inflationsbedingten Kaufkraftverluste dürften vor allem im Wohnungsbau die Nachfrage gedämpft haben. Auch im gewerblichen und öffentlichen Bau dürfte die Nachfrage nach Bauleistungen niedrig geblieben sein. Kleine Lichtblicke waren der gewerbliche Tiefbau sowie Teile des öffentlichen Hochbaus. Insbesondere langfristig geplante, größere Unternehmensansiedlungen dürften trotz steigender Baukosten weiterhin realisiert werden und somit auch in Sachsen dem Rückgang des Bauhauptgewerbes etwas entgegenwirken.

Auch in diesem Jahr dürften die Zinsen weiterhin hoch bleiben und die Finanzierungskosten für Bauvorhaben somit

Abb. 4

Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe (Normiert 2020 = 100, links: Index, rechts: Veränderung zum Vorjahr)



Quelle: Statistisches Bundesamt (2023c, 2023d).

© ifo Institut

weiter auf einem hohen Niveau verharren. Durch die zunehmende Knappheit an Arbeitskräften dürften zudem die Arbeitnehmerentgelte im Bausektor stark ansteigen, die hier einen relativ großen Teil der Produktionskosten ausmachen. Insgesamt spricht dies dafür, dass dieser Bereich im Jahr 2024 nochmals schrumpfen wird.

Im abgelaufenen Jahr dürfte die preisbereinigte BWS des Baugewerbes in Ostdeutschland und Sachsen im Vorjahresvergleich um -1,7% bzw. -2,1% abgenommen haben. Im Jahr 2024 dürfte das Baugewerbe in Ostdeutschland um -2,9% schrumpfen. In Sachsen dürfte der Rückgang mit -3,6% sogar noch stärker ausfallen.

Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Lagerei, sowie Information und Kommunikation

Das Jahr 2022 war für die konsumnahen Dienstleister geprägt von den Nachholeffekten im Zuge des Auslaufens der Schutzmaßnahmen gegen die Corona-Pandemie. Somit verzeichneten Sachsen, Ostdeutschland und Deutschland insgesamt besonders hohe Zuwachsraten der BWS (Sachsen +4,3%, Ostdeutschland +6,2%, Deutschland +3,8%). Gleichzeitig drückten aber vor allem zum Jahresende hin die hohen Inflationsraten die Ergebnisse im Handel.

Im Handel waren die preisbereinigten Umsätze schon zum Jahresende des Jahres 2022 rückläufig. Dies galt sowohl für den Kfz-Handel, den Einzelhandel und auch den Großhandel. Das Gastgewerbe zeigte sich hingegen erstaunlich stabil.

Auch im ersten Quartal des Jahres 2023 setzte sich diese Entwicklung im Groß- und Einzelhandel fort. Maßgeblich hierfür dürften die Realeinkommenseinbußen verbunden mit einer hohen Kaufzurückhaltung sein. In Ostdeutschland haben sich diese Effekte aufgrund des niedrigeren Lohnniveaus stärker bemerkbar gemacht. So war der Umsatzrückgang in Sachsen zum Beispiel im Groß- als auch im Einzelhandel stärker als in

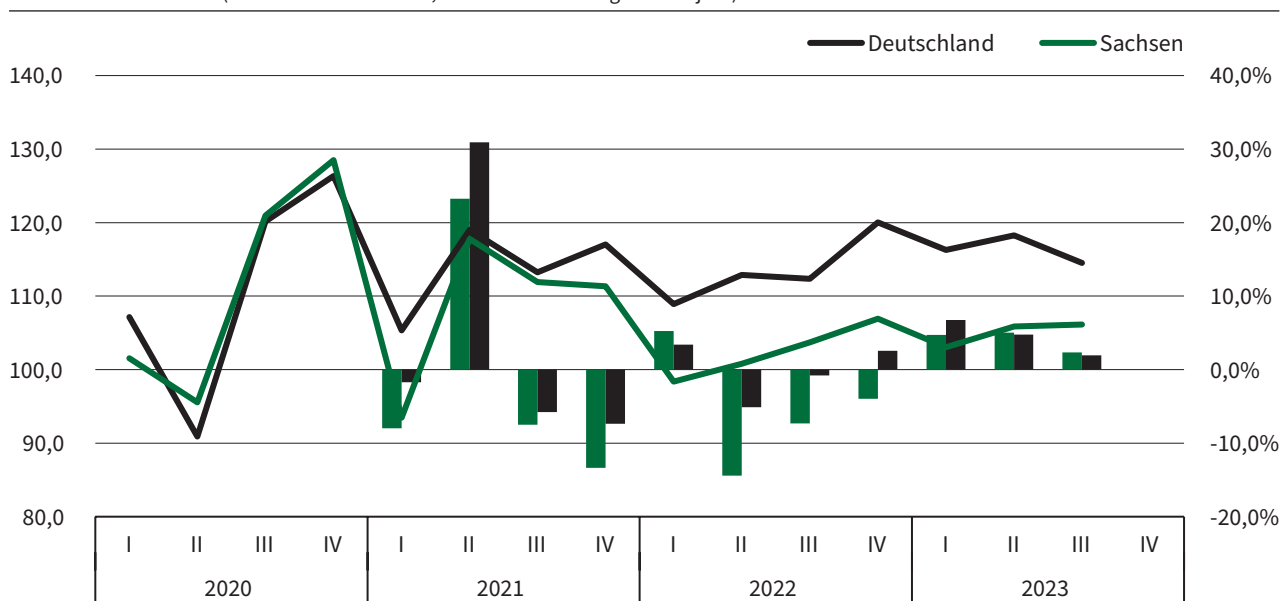
Deutschland insgesamt. Im weiteren Jahresverlauf dürfte die Dynamik nochmals weiter zurückgegangen sein. Gleichzeitig entwickelte sich der Kfz-Handel im Verlauf des Jahres 2023 überraschend positiv (vgl. Abb. 5) und dürfte somit die negativen Impulse aus den anderen Handelsbereichen abgedefert haben.

Im Gastgewerbe blieb die Umsatzentwicklung im Gegensatz zum Handel positiv, auch wenn sich eine leichte Verlangsamung des Wachstums beobachten ließ. So stieg die Zahl der Übernachtungen im Vergleich zum Vorjahresquartal nur noch zweistellig. Somit scheint die Nachfrage nach Reisen und gastronomischen Angeboten trotz hoher Inflation weiterhin hoch gewesen zu sein. Allerdings gilt zu beachten, dass das Gastgewerbe nur rund ein Prozent zur BWS in diesem Sektor beisteuert. Der Bereich Information und Kommunikation dürfte im vergangenen Jahr weiterhin expandiert haben und positive Impulse zu dem Sektor beigesteuert haben.

Im Jahr 2024 dürfte sich das Kaufverhalten der privaten Haushalte allmählich stabilisieren. So dürfte sich der geringere Preisauftrieb bei der Nachfrage in den konsumnahen Dienstleistungsbereichen positiv bemerkbar machen. Hinzu kommt der Anstieg der Löhne, die wieder stärker steigen dürften als die Verbraucherpreise. Somit ist insgesamt im Jahr 2024 mit einem Wachstum im Bereich der konsumnahen Dienstleistungsunternehmen zu rechnen, wenngleich diese in Ostdeutschland und Sachsen aufgrund der unvorteilhaften demografischen Entwicklung eine geringe Expansion aufweisen dürften als Gesamtdeutschland.

Im Jahr 2023 dürfte die preisbereinigte BWS im Bereich Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Lagerei sowie Information und Kommunikation in Ostdeutschland und Sachsen im Vorjahresvergleich um 0,4% bzw. 0,3% gestiegen sein. In diesem Jahr dürfte der Bereich mit Raten von 2,5% bzw. 2,1% expandieren.

Abb. 5
Umsatz im Kfz-Handel (Links: Index 2015 = 100, rechts: Veränderung zum Vorjahr)



Quelle: Statistisches Bundesamt (2023e) und Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2023a).

© ifo Institut

Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Grundstücks- und Wohnungswesen, Unternehmensdienstleistungen

Der Bereich aus Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Grundstücks- und Wohnungswesen und Unternehmensdienstleistungen konnte im ersten Quartal des Jahres 2023 ein hohes Wachstum erreichen, das sich danach jedoch deutlich abschwächte. Daten zur BWS in den einzelnen Wirtschaftszweigen für Deutschland insgesamt und Sachsen zeigen folgende Entwicklung für das Jahr 2023: Das Grundstücks- und Wohnungswesen schrumpfte in den ersten drei Quartalen. Die Unternehmensdienstleistungen expandierten (vgl. Abb. 6), vor allem in Sachsen, spürbar, während die Finanz- und Versicherungsdienstleistungen einen Rückgang verzeichneten. Die Unternehmensdienstleistungen sind nicht so stark von inflationsbedingten Kaufkraftverlusten betroffen wie die konsumnahen Dienstleistungen. Im Bereich Finanz- und Versicherungsdienstleistungen macht sich weiterhin der Trend hin zu mehr Digitalisierung bemerkbar. Dadurch werden Filialen geschlossen und Beratungsangebote reduziert. Im Jahresverlauf des Jahres 2023 dürfte der Sektor insgesamt ein moderates Wachstum erzielt haben.

Im Jahr 2024 dürfte der gesamte Sektor mit weiterem Abflauen der Inflation wieder stärker expandieren. Auch der weitere Aufschwung in der Industrie dürfte zu einer höheren Nachfrage bei den unternehmensnahen Dienstleistungen führen.

Die preisbereinigte BWS im Bereich Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Grundstücks- und Wohnungsdienstleistungen sowie Unternehmensdienstleistungen in Ostdeutschland und Sachsen dürfte im vergangenen Jahr im Vorjahresvergleich um 0,6% bzw. 0,7% zugenommen haben. Im laufenden Jahr dürfte der Bereich in Ostdeutschland sowie in Sachsen jeweils um 1,5% wachsen.

Öffentliche und Sonstige Dienstleistungen

Die Entwicklung bei den Öffentlichen und den Sonstigen Dienstleistungen war im Jahr 2022 noch stark von Nachholeffekten im Zuge der Öffnung nach der Corona-Pandemie geprägt. Auch im ersten Quartal des Jahres 2023 konnten beide Bereiche in Deutschland insgesamt einen kräftigen Zuwachs verzeichnen. Im Jahresverlauf des vergangenen Jahres hat sich die Dynamik dann jedoch umgekehrt in einen Rückgang der BWS. Dies dürfte daran liegen, dass die Zusatzausgaben aus der Zeit der Corona-Pandemie schneller als erwartet weggefallen sind und somit das Wachstum der Öffentlichen Dienstleistungen abbremsen. Im laufenden Jahr dürfte es dann zu einer Normalisierung des Wachstums in diesem Bereich kommen.

Im Jahr 2023 ist die preisbereinigte BWS im Bereich Öffentliche und Sonstige Dienstleister in Ostdeutschland und Sachsen im Vorjahresvergleich um 1,0% bzw. 1,2% gewachsen. Im laufenden Jahr dürfte der Bereich dann um 0,8% bzw. 0,7% zunehmen.

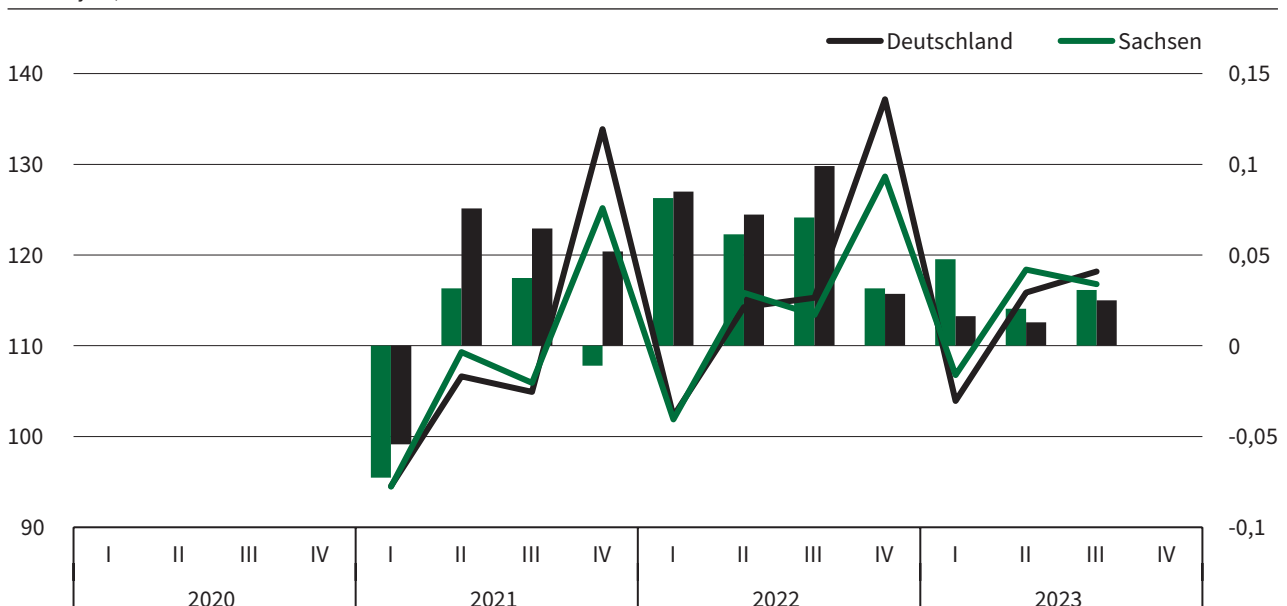
LITERATUR

Wollmershäuser, T. Ederer, S. Fourné, F. Lay, M. Lehmann, R. Link, S. Möhrle, S. Rathje, A.-C. Schasching, M. Schiman-Vukan, S. Wolf, G. und L. Zarges (2023), ifo Konjunkturprognose Winter 2023: Konjunkturerholung verzögert sich – Haushaltslücke birgt neue Risiken, ifo Schnelldienst, 76, Sonderausgabe Dezember.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2023a), Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe: Bundesländer, Monate, Zeitreihen aus 42111-0011, Datenabruf bei Genesis Online im Dezember 2023.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2023b), Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe: Deutschland, Monate, Wirtschaftszweige (WZ2008 Hauptgruppen und Aggregate, Zeitreihen aus 42111-0002, Datenabruf bei Genesis Online im Dezember 2023.

Abb. 6
Umsatzindex (real) in den Freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (Links: Index 2015 = 100, rechts: Veränderung zum Vorjahr)



Quelle: Statistisches Bundesamt (2023f) und Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2023b). © ifo Institut

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2023c), Auftragseingang, Geleistete Arbeitsstunden, Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe (Betriebe mit 20 u. m. tätigen Personen): Bundesländer, Monate, Bauarten, Zeitreihen aus 44111-0007, Datenabruf bei Genesis Online im Dezember 2023.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2023d), Betriebe, Tätige Personen, Entgelte, Geleistete Arbeitsstunden, Umsatz im Bauhauptgewerbe (Betriebe mit 20 u. m. tätigen Personen): Deutschland, Monate, Wirtschaftszweige, Zeitreihen aus 44111-0004, Datenabruf bei Genesis Online im Dezember 2023.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2023e), Umsatz im Kfz-Handel: Deutschland, Monate/Quartal/Halbjahre, Preisarten, Wirtschaftszweige, Zeitreihen aus 45214-0004, Datenabruf bei Genesis Online im Dezember 2023.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2023f), Umsatzindex im Dienstleistungsbereich: Deutschland, Monate/Quartal/Halbjahre, Preisarten, Wirtschaftszweige, Zeitreihen aus 47414-0004, Datenabruf bei Genesis Online im Dezember 2023.

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.) (2023a), Kfz-Handel: Umsätze in jeweiligen Preisen / in Preisen von 2015, Beschäftigte – Sachsen – Jahre – Monate, Zeitreihen aus 45214-0011n, Datenabruf bei Genesis Online im Dezember 2023.

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.) (2023b), Konjunkturstatistik: Beschäftigte und Umsatz, Dienstleistungsbereiche, WZ2008 – Sachsen – Monate - Jahre, Zeitreihen aus 47414-104, Datenabruf bei Genesis Online im Dezember 2023.

-
- 1 Diese Prognose ist abgestimmt auf die ifo Konjunkturprognose für Deutschland vom 14. Dezember 2023. Für weitere Details siehe Wollmershäuser et al. (2023).

Patrick Dylong und Silke Übelmesser*

Vorbehalte gegenüber Zuwanderung: Die Rolle von Kontakten und Informationen¹

Fehleinschätzungen über Zuwanderung und geringe persönliche Kontakte mit Zugewanderten können die Einstellung gegenüber Zuwanderung beeinflussen. Wir untersuchen auf der Basis von Umfragedaten zu Thüringen, welche Rolle die Bereitstellung von Informationen für die Veränderung von Einstellungen spielt. Unsere Studie liefert wichtige Erkenntnisse. Befragte, die Informationen über den Anteil von Zugewanderten in ihrer Region erhalten, entwickeln eine positivere Einstellung gegenüber Zuwanderung. Zudem reagieren insbesondere Befragte mit unterdurchschnittlich ausgeprägten Kontakten mit Zugewanderten und Befragte mit größeren Fehleinschätzungen stärker auf die Informationen.

EINLEITUNG

Zuwanderung ist neben Inflation das Thema, das die Bevölkerung in Deutschland gegenwärtig am meisten beunruhigt (Ipsos 2023). Dies dürfte zum Teil auf die aktuellen geopolitischen Krisen und die verstärkte Fluchtmigration zurückzuführen sein. Dennoch ist zu beobachten, dass unabhängig von aktuellen Ereignissen eine negative Grundhaltung gegenüber Zuwanderung in Deutschland wie in vielen anderen westlichen Ländern in den letzten Jahren zugenommen hat (Colantone und Stanig 2019). Dies spiegelt sich nicht zuletzt in den Erfolgen von Parteien mit migrationsfeindlichen Inhalten wider (z. B. Edo et al. 2019, Halla et al. 2017). So ist in Deutschland der Stimmenanteil der rechten Parteien, die sich gegen Zuwanderung aussprechen – allen voran die Alternative für Deutschland (AfD) – stark gestiegen, insbesondere in den fünf ostdeutschen Bundesländern (Weisskircher 2020).

Gleichzeitig ist Ostdeutschland besonders stark vom demografischen Wandel betroffen. Betrachtet man bspw. den Altersquotienten, definiert als das Verhältnis der 65-Jährigen und Älteren zu den 20- bis 64-Jährigen, so ergibt sich für Gesamtdeutschland ein Wert von 38. Dieser erhöht sich bis 2034 auf 49 und steigt danach in abgeschwächter Form weiter (vgl. 15. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 2 G2L2W2, Destatis 2022). Ein Altersquotient von um die 50 bedeutet, dass jeder Person im Rentenalter nur noch zwei Personen im erwerbsfähigen Alter gegenüberstehen. In Ostdeutschland ist die Alterung bereits weiter fortgeschritten. In Thüringen liegt z. B. der Altersquotient bereits 2023 bei 50 und ist für 2035 mit 61 prognostiziert. Diese Entwicklung stellt die umlagefinanzierten Sozialsysteme, allen voran die Gesetzliche Rentenversicherung, vor große Herausforderungen (vgl. zur Diskussion der Problemlage z. B. Sachverständigenrat 2023). Gleichzeitig zeichnet sich eine erhöhte Knappheit an Fachkräften und allgemein Arbeitskräften ab, die sich negativ auf die Wachstumsperspektiven Deutschlands und insbesondere Ostdeutschlands auswirkt (Berhardt et al. 2023).

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, gibt es eine Vielzahl von Ansatzpunkten, die angesichts der Tragweite des demografischen Wandels Berücksichtigung in der Debatte

finden sollten. Die so genannten endogenen Potenziale sind jedoch weitgehend erschöpft. So ist bspw. die Erwerbsbeteiligung von Älteren und Frauen in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Auch wenn es noch Spielraum für eine weitere Erhöhung der Erwerbsbeteiligung gibt, z. B. über eine Verringerung des vorzeitigen Renteneintritts oder eine Reduzierung von Teilzeitbeschäftigung, reichen diese und andere endogene Maßnahmen nicht aus, den demografisch bedingten starken Rückgang der Erwerbsbevölkerung auszugleichen. Daher erscheint es notwendig, exogene Potenziale, d. h. die Zuwanderung von Arbeitskräften noch stärker in den Blick zu nehmen. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz geht in diese Richtung und versucht, Zuwanderung zu vereinfachen. Zu nennen ist auch die „Fachkräftestrategie für Thüringen 2021 bis 2025“ der Thüringer Allianz für Berufsbildung und Fachkräfteentwicklung, die die Sicherung der Fachkräftebasis in Thüringen zum Ziel hat und die Chancen der Zuwanderung unterstreicht.

Neben den gesetzlichen Voraussetzungen für eine erleichterte Zuwanderung ist es für eine attraktive Zielregion wichtig, dass die einheimische Bevölkerung Zugewanderten mit einer offenen Haltung und ohne Vorbehalte begegnet. Voraussetzung für den Abbau von Vorbehalten gegenüber Zuwanderung ist ein besseres Verständnis ihrer Ursachen. Nach neueren Untersuchungen können Fehleinschätzungen in der Aufnahmebevölkerung bezüglich Größe und Zusammensetzung der Population der Zugewanderten ein Grund für Vorbehalte sein (vgl. z. B. Dylong und Uebelmesser 2024, Grigorieff et al. 2020, Lergetporer et al. 2021).

Die Gründe für diese Fehleinschätzungen sind noch weitgehend unklar. Eine mögliche Erklärung für verzerrte Wahrnehmungen und negative Einstellungen gegenüber Zuwanderung ist der Mangel an direkten Kontakten zwischen der einheimischen Bevölkerung und der Gruppe der Zugewanderten. Die von Allport (1954) entwickelte Kontakttheorie besagt, dass die Interaktion mit Mitgliedern einer anderen sozialen Gruppe zum Abbau von Stereotypen gegenüber der gesamten Gruppe führt. Gerade in Ostdeutschland ist die Erfahrung mit

* Patrick Dylong war Doktorand und Silke Übelmesser ist Professorin für Volkswirtschaftslehre / Finanzwissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

interkulturellem Zusammenleben noch relativ jung. In Thüringen lag bspw. der Ausländeranteil bis 2002 unter 2%. Im Jahr 2019 hatten 5,2% der Einwohner*innen Thüringens eine nicht-deutsche Staatsbürgerschaft, im Jahr 2022 waren es 7,6%, wobei die Zuwanderung aus der Ukraine maßgeblich für den Anstieg verantwortlich war (Thüringer Landesamt für Statistik 2022). Deutschlandweit war der Anteil der Personen aus dem Ausland im Jahr 2022 mit 14,6% fast doppelt so hoch. Gleichzeitig bestehen zwischen den Landkreisen und kreisfreien Städten Thüringens erhebliche Unterschiede im Ausländeranteil und damit im Kontaktpotenzial zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Zugewanderten. Im Jahr 2022 war der Anteil in Erfurt, Weimar, Jena, Gera und Suhl mit 11% bis 13% am höchsten, während Greiz und Saalfeld-Rudolstadt mit 4,3% bzw. 4,8% die niedrigsten Anteile aufwiesen.

Unsere Studie untersucht für Thüringen, wie Fehleinschätzungen über Zuwanderung und geringe persönliche Kontakte die Einstellungen gegenüber Zugewanderten beeinflussen und welche Rolle die Bereitstellung von Informationen dabei spielt (für mehr Details vgl. Dylong und Uebelmesser 2023). Wir unterscheiden dabei den allgemeinen Fall der Zuwanderung, der alle Arten von Zugewanderten umfasst, und den speziellen Fall qualifizierter Zuwanderung, d. h. von internationalen Fachkräften. Ein wichtiger Punkt dabei ist, ob sich ein geringerer Kontakt mit Zugewanderten durch mehr Informationen über die zugewanderte Bevölkerung kompensieren lässt. Auch wenn nüchterne Zahlen sehr wahrscheinlich eine andere Wahrnehmungsebene ansprechen als persönliche Begegnungen, zeigen die oben erwähnten Studien im Migrationskontext, dass Informationen Vorbehalte abbauen und Politikpräferenzen ändern können. Die Erkenntnisse sind von hoher Relevanz für politische Entscheidungsträger*innen, die daran interessiert sind, negative Einstellungen abzubauen, die auf falschen Wahrnehmungen und gering ausgeprägtem interkulturellem Kontakt in der Bevölkerung beruhen.

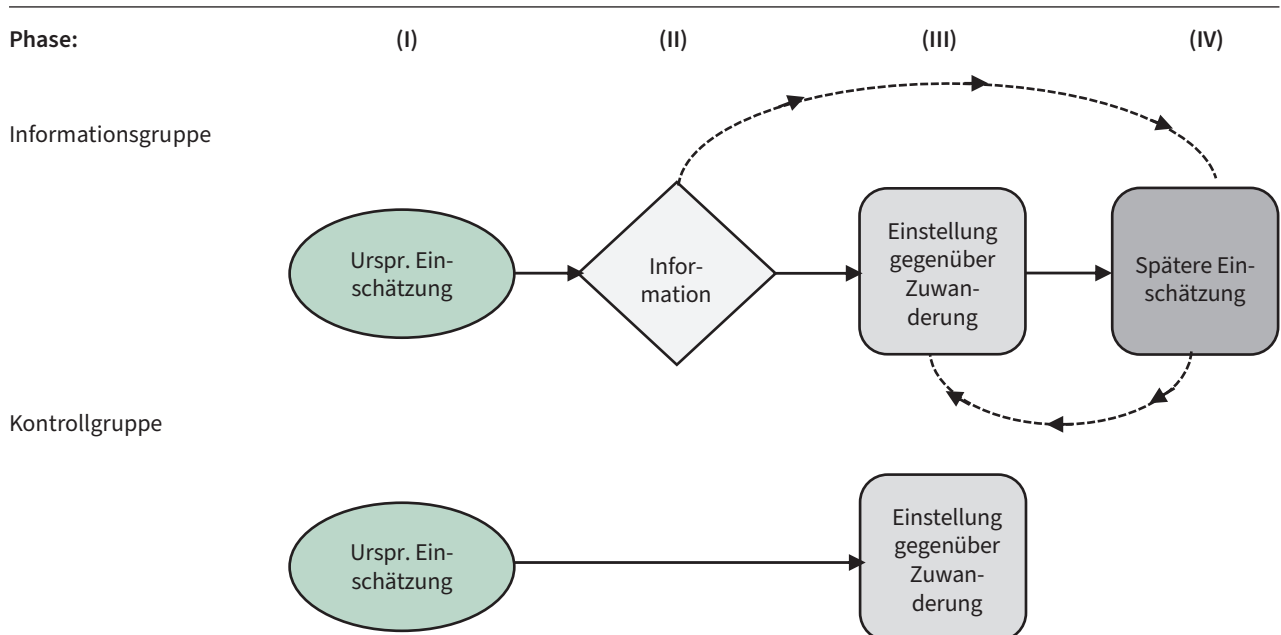
DATEN

Unsere Daten stammen aus einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage mit zwei Erhebungswellen, die in Thüringen zwischen September und Oktober 2019 sowie Januar und März 2022 als computergestützte Telefoninterviews (CATI) durchgeführt wurden. Die für unsere Studie ausgewertete Gesamtstichprobe umfasst 936 Personen, davon 419 Personen aus der ersten und 517 Personen aus der zweiten Erhebungswelle. Sie ist repräsentativ hinsichtlich Alter, Geschlecht, Bildung und Haushaltsgröße. Die CATI-Befragung ermöglicht eine detaillierte regionale Klassifizierung der Befragten nach ihrem Wohnort auf NUTS-3-Ebene (Landkreise und kreisfreie Städte). Die Umfrage umfasst Fragen zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage, zu Einstellungen gegenüber Zugewanderten, zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Zuwanderung, zur Zuwanderungspolitik sowie zu allgemeinen politischen und sozialen Themen. Der Wortlaut der Fragen orientiert sich weitgehend an Fragen, die in der einschlägigen Literatur zu Einstellungen gegenüber Zuwanderung verwendet werden. In Anlehnung an die Literatur werden Variablen, die sich auf die Einstellung gegenüber Zuwanderung und die Präferenzen für Zuwanderungspolitik beziehen, so kodiert, dass ein höherer Wert eine positivere Einstellung gegenüber Zuwanderung bzw. eine stärkere Befürwortung einer offeneren Zuwanderungspolitik bedeutet.

UNTERSUCHUNGSDESIGN

In unserer Studie interessieren wir uns insbesondere dafür, ob die Einstellung gegenüber Zuwanderung durch die Bereitstellung von Informationen beeinflusst werden kann. Im Folgenden erläutern wir den Aufbau unseres Informationsexperiments, das aus vier Phasen und zwei Gruppen, einer Informationsgruppe und einer Kontrollgruppe, besteht (vgl. auch Abb. 1).

Abb. 1
Grafische Darstellung des Untersuchungsdesigns



Quelle: Eigene Darstellung.

In der ersten Phase unseres Experiments fragen wir alle Teilnehmer*innen, wie hoch sie den Anteil der Zugewanderten in Thüringen schätzen. Auf diese Weise erfassen wir Unterschiede im Informationsstand der Befragten. In der zweiten Phase wird die Hälfte der Befragten zufällig der „Informationsgruppe“ zugeordnet und über den tatsächlichen Anteil an Zugewanderten informiert, der zum Zeitpunkt der Befragung bei ca. 5% lag.² Zusätzlich zu dieser Information bekommen diese Befragten eine Rückmeldung zu ihrer Schätzung. Im Gegensatz dazu erhalten die Befragten der Kontrollgruppe weder eine Information über den tatsächlichen Anteil an Zugewanderten noch eine Rückmeldung.

Die dritte Stufe unseres Experiments besteht aus vier Fragen zur Einstellung gegenüber Zugewanderten im Zusammenhang mit Wohlfahrtsstaat und Arbeitsmarkt, zu einwanderungspolitischen Präferenzen und zur Einschätzung des Beitrags von zuwandernden Personen zur Region Thüringen (in Anlehnung an z. B. Facchini und Mayda 2009).

Wohlfahrtsstaatliche Bedenken gegenüber Zuwanderung beziehen sich auf Befürchtungen der Befragten, dass Zuwanderung negative Auswirkungen auf das Steuer- und Transfersystem in ihrer Region haben könnte. Im Gegensatz dazu beziehen sich arbeitsmarktbezogene Bedenken auf die Befürchtung, dass die Konkurrenz auf dem regionalen Arbeitsmarkt zunehmen könnte. Zur Messung der einwanderungspolitischen Präferenzen geben die Befragten an, ob die Zahl der Zugewanderten in einem bestimmten Jahr erhöht, gleichbleiben oder verringert werden sollte. Zusätzlich bitten wir die Befragten, den

Beitrag der Zugewanderten zur Region Thüringen in den letzten zehn Jahren zu bewerten. Diese Fragen stellen wir sowohl für den allgemeinen Fall der Zuwanderung, der alle Arten von Zugewanderten umfasst, als auch für den speziellen Fall zugewanderter Fachkräfte.

In der vierten und letzten Phase unseres Umfrageexperiments fragen wir die Personen in der Informationsgruppe noch einmal nach dem Anteil der Zugewanderten. Dadurch sehen wir, ob sie ihre Einschätzungen auf Basis der bereitgestellten Informationen aktualisiert haben.

KONSTRUKTION DER INDIZES

Für unsere Studie konstruieren wir die folgenden drei Indizes (zur Methodik vgl. Anderson 2008 und Schwab et al. 2020), um verschiedene Fragen in einem einzigen Maß zu integrieren und so verschiedene Dimensionen und unterschiedliche Perspektiven einzubeziehen:³ einen Index für die Einstellung zur allgemeinen Zuwanderung, einen Index für die Einstellung zur qualifizierten Zuwanderung und einen Index für den Kontakt zwischen der einheimischen Bevölkerung und der Gruppe der Zugewanderten. Um die Indizes für die Einstellung gegenüber allgemeiner und qualifizierter Zuwanderung zu konstruieren, fassen wir die vier Variablen zusammen, die die verschiedenen Bedenken gegenüber der entsprechenden Zuwanderung und die politischen Präferenzen erfassen (vgl. Tab. 1, Paneele A und B).

Tab. 1
Deskriptive Statistiken der für die Indizes verwendeten Variablen

	Beobachtungen	Mittelwert	SD	Min.	Max.
Panel A: Einstellungen zur allgemeinen Zuwanderung:					
Präferenzen für Zuwanderungspolitik	914	2,759	0,996	1	5
Wohlfahrtsstaatliche Bedenken	895	3,483	2,566	0	10
Arbeitsmarktbezogene Bedenken	916	6,291	2,327	0	10
Bewertung des Beitrags von Zugewanderten	919	5,324	2,441	0	10
Panel B: Einstellungen zur qualifizierten Zuwanderung:					
Präferenzen für Zuwanderungspolitik	919	3,649	0,962	1	5
Wohlfahrtsstaatliche Bedenken	899	6,216	2,529	0	10
Arbeitsmarktbezogene Bedenken	921	6,821	2,292	0	10
Bewertung des Beitrags von Zugewanderten	923	7,150	2,115	0	10
Panel C: Kontakte zwischen der einheimischen Bevölkerung und der Gruppe der Zugewanderten:					
Kontakt in Familie und Freundeskreis	936	1,675	1,033	0	4
Kontakt in der Nachbarschaft	936	1,252	1,096	0	4
Anteil der Zugewanderten im Landkreis	936	4,638	2,091	2,3	8,9
Wohnen in einem städtischen Landkreis	936	0,348	0,477	0	1
Migrationshintergrund	936	0,094	0,292	0	1

Hinweise: Einstellungen gegenüber Zugewanderten werden so gemessen, dass ein höherer Wert positivere Einstellungen oder unterstützendere Präferenzen anzeigt. Die Daten zum Anteil der Zuwanderung auf Kreisebene und der Indikator für städtische Kreise stammen aus offiziellen Regierungsstatistiken. Zu beachten ist, dass die Methode der Indexkonstruktion die Einbeziehung von Beobachtungen ermöglicht, die für einige der enthaltenen Observationen fehlen (Schwab et al., 2020).

Quelle: Eigene Berechnungen.

Ein Vergleich der Mittelwerte zeigt, dass die Einstellung gegenüber qualifizierten Zugewanderten tendenziell positiver ist als die Einstellung gegenüber Zuwanderung im Allgemeinen, insbesondere im Hinblick auf den Wohlfahrtsstaatskanal und die Bewertung des bisherigen Beitrags der Zugewanderten für die Region. Dennoch variieren die Einstellungen und Präferenzen in beiden Fällen erheblich innerhalb der Bevölkerung, wie sich aus den Standardabweichungen sowie den Minimal- und Maximalwerten ablesen lässt. Die Abbildungen 2a und 2b illustrieren die Ausprägung der Einstellungsindizes für die Landkreise und kreisfreien Städte Thüringens. Dunklere Grüntöne bedeuten dabei eine positivere Einstellung.

Um den Kontaktindex zu konstruieren, kombinieren wir selbst eingeschätzte und objektive Maße für Kontakte (vgl. Tab. 1, Panel C). Auf diese Weise können die persönlichen Merkmale des sozioökonomischen Umfelds erfasst werden. Abbildung 2c zeigt die räumliche Verteilung des Kontaktindex über die Landkreise und kreisfreien Städte Thüringens. Überdurchschnittliche Kontakte (d. h. Werte über Null) konzentrieren sich auf die städtischen Gebiete des Landes (illustriert durch dunklere Grüntöne), während die größeren, weniger dicht besiedelten Landkreise unterdurchschnittliche Kontakte nach unserem Indexmaß aufweisen.

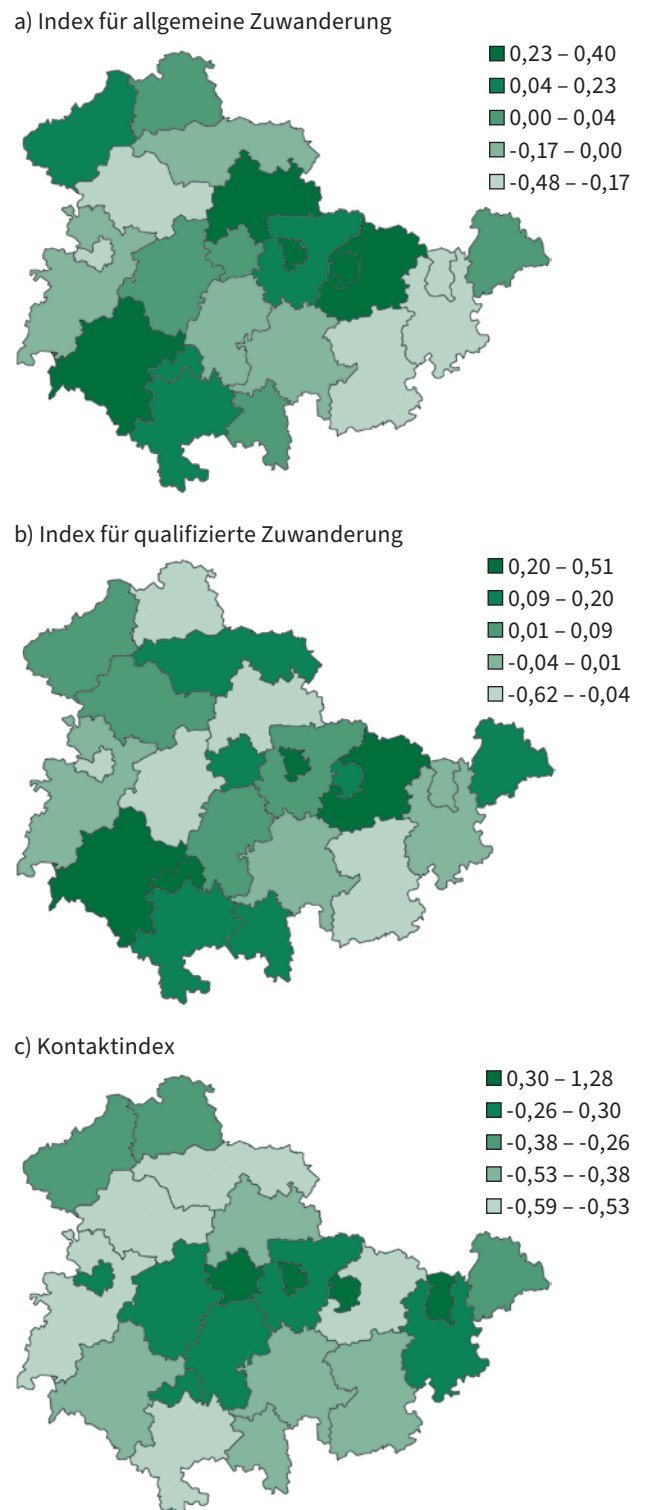
ERGEBNISSE

Im Folgenden präsentieren wir unsere empirischen Ergebnisse in drei Schritten. Zunächst geht es darum, welche Faktoren mit Fehlschätzungen des Anteils der Zugewanderten und mit dem Kontakt zu Zugewanderten zusammenhängen. Anschließend schätzen wir den Effekt von Informationen über den Anteil der Zugewanderten auf unsere Einstellungsindizes. Im letzten Schritt unserer Analyse untersuchen wir die Heterogenität dieses Informationseffekts. Insbesondere interessiert uns, welche Rolle der Kontakt zwischen den interkulturellen Gruppen für die Größe des Informationseffekts auf die Einstellung gegenüber Zuwanderung spielt.

Welche Faktoren hängen mit den Schätzungen der Befragten über den Anteil der Zugewanderten und mit ihren Kontakten zu Zugewanderten zusammen? Für diese Spezifikation wandeln wir unsere Daten zu den Einschätzungen und dem Kontaktindex in binäre Indikatoren um, die als Ergebnisvariablen dienen. 550 der Befragten überschätzen den Anteil der Zugewanderten (kodiert mit 1); 386 Befragte unterschätzen den Anteil bzw. geben den richtigen Wert an (kodiert mit 0). In ähnlicher Weise werden die 417 Befragten mit überdurchschnittlichen Kontakten zu Zugewanderten (d. h. mit einem positiven Wert unseres standardisierten Kontaktindex) mit 1 kodiert, während alle anderen 519 Befragten mit 0 kodiert werden.

Die Ergebnisse auf Basis eines linearen Wahrscheinlichkeitsmodells zeigen, dass Befragte, die sich vor der Bereitstellung der Information mehr Sorgen über die Zuwanderung machen, eher dazu neigen, den Anteil der Zugewanderten in der Region zu überschätzen. Auch die Ablehnung von kultureller Vielfalt führt eher zu einer Überschätzung des Anteils der Zugewanderten. Interessanterweise ist eine positive Be-

Abb. 2
Räumliche Verteilung der Einstellung gegenüber Zuwanderung und des Kontaktindex



Hinweis: Die dargestellten Indizes sind standardisiert mit einem Mittelwert von Null und einer Standardabweichung von Eins (relativ zur Kontrollgruppe). Werte über Null bezeichnen in (a) und (b) überdurchschnittlich positive Einstellungen und in (c) überdurchschnittlich viele Kontakte.

Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung.

wertung des kulturellen Zusammenlebens ebenfalls positiv mit einer Überschätzung des Anteils verbunden, wenn auch in geringerem Maße als bei der Besorgnis über Zuwanderung. Zudem schätzen Befragte, die anderen mehr vertrauen, ältere Befragte, erwerbstätige Befragte und Männer den Anteil der Zugewanderten tendenziell genauer.

Befragte mit weniger Kontakt zu Zugewanderten machen sich tendenziell mehr Sorgen über Zuwanderung. Umgekehrt steht ein höheres Bildungsniveau in einem positiven Zusammenhang mit überdurchschnittlichen Kontakten zu Zugewanderten. Interessant ist, dass die Schätzung des Anteils der Zugewanderten und die Häufigkeit von Kontakten mit Zugewanderten nicht signifikant zusammenhängen. Eine mögliche Erklärung für die fehlende Korrelation könnte sein, dass mehr Kontakte mit Zugewanderten die Wahrscheinlichkeit erhöhen, den Anteil der Zugewanderten zu überschätzen, wenn die Befragten von ihren persönlichen Erfahrungen auf die Gesamtbevölkerung schließen. Gleichzeitig sind diese Befragten möglicherweise stärker am Thema Zuwanderung interessiert und besser darüber informiert. Auf mögliche Schlussfolgerungen hieraus wird weiter unten eingegangen.

In einem zweiten Schritt untersuchen wir den kausalen Effekt unseres Informationsexperiments auf die Einstellung der Befragten gegenüber Zugewanderten. Die durchschnittlichen Ergebnisse (Average Treatment Effect, ATE) zeigen, dass die Bereitstellung von Informationen einen positiven und statistisch signifikanten Effekt auf die Einstellung gegenüber allgemeiner und qualifizierter Zuwanderung hat. Die geschätzte Effektgröße beträgt etwa 12% einer Standardabweichung unseres Einstellungsindex für allgemeine Zuwanderung und 15% einer Standardabweichung für qualifizierte Zuwanderung. Befragte, die Informationen über den Anteil von Zugewanderten in ihrer Region erhalten, haben also eine positivere Einstellung als Personen in der Kontrollgruppe. Zudem aktualisieren Befragte, die die Information erhalten, ihre Schätzungen des Anteils der Zugewanderten an der Bevölkerung.

Von den anderen Faktoren, die wir betrachten, hängt mehr Kontakt mit Zugewanderten positiv mit der Einstellung gegenüber Zugewanderten zusammen. Dies steht im Einklang mit neueren Erkenntnissen der Kontakttheorie, die nahelegt, dass direkter Kontakt zwischen der einheimischen Bevölkerung und Zugewanderten das Potenzial hat, einwanderungsfeindliche Einstellungen zu reduzieren (Andersson und Dehdari 2021; Steinmayr 2021). Höhere (Über)Schätzungen des Anteils von Zugewanderten sind statistisch signifikant mit weniger positiven Einstellungen gegenüber qualifizierter Zuwanderung verbunden, nicht jedoch gegenüber Zuwanderung im Allgemeinen.

Insgesamt scheint die Bereitstellung von Informationen sehr ähnliche kausale Effekte auf die Einstellungen gegenüber allgemeiner und qualifizierter Zuwanderung zu haben. Unterschiede können sich jedoch für verschiedene Gruppen von Befragten ergeben. Im dritten Schritt wird deshalb untersucht, welche Variablen zu unterschiedlich starken Informationseffekten führen. Insbesondere interessiert uns, ob der Kontakt mit Zugewanderten ein relevanter Einflussfaktor für die Größe des Informationseffekts ist.

Um diese Effektheterogenität systematisch zu analysieren, schätzen wir die konditionalen durchschnittlichen Effekte

unseres Informationsexperiments (Conditional Average Treatment Effects, CATE). Für ein umfassendes Bild der Größe und Richtung der Heterogenität des Informationseffekts verwenden wir einen neu entwickelten Ansatz des maschinellen Lernens namens „Causal forest“, der darauf ausgelegt ist, die Effektheterogenität auf systematische und datengetriebene Weise direkt zu schätzen (Wager und Athey 2018).

Abbildung 3 stellt die geschätzten CATE dar, indem die geschätzten Effektgrößen für jede Person, getrennt für die beiden Einstellungsindizes, auf der horizontalen bzw. vertikalen Achse abgetragen werden. Die Einstellungen zur allgemeinen und zur qualifizierten Zuwanderung in Bezug auf die Effektgrößen der bereitgestellten Information zum Ausländeranteil sind linear miteinander verbunden. Anhand der vier Quadranten, die mit Hilfe der Mittelwerte der beiden CATE-Verteilungen (schwarze gestrichelte Linien) konstruiert wurden, lässt sich feststellen, dass für die Mehrheit der geschätzten CATE die Effekte der Indizes für allgemeine und qualifizierte Zuwanderung entweder beide unter dem Durchschnitt (Quadrant unten links) oder beide über dem Durchschnitt (Quadrant oben rechts) liegen. Zudem sind die Effekte für den Fall der qualifizierten Zuwanderung tendenziell (etwas) größer als für den allgemeinen Fall, wie der Vergleich der dunkelgrünen gestrichelten Linie mit der schwarz gepunkteten 45-Grad-Linie zeigt.

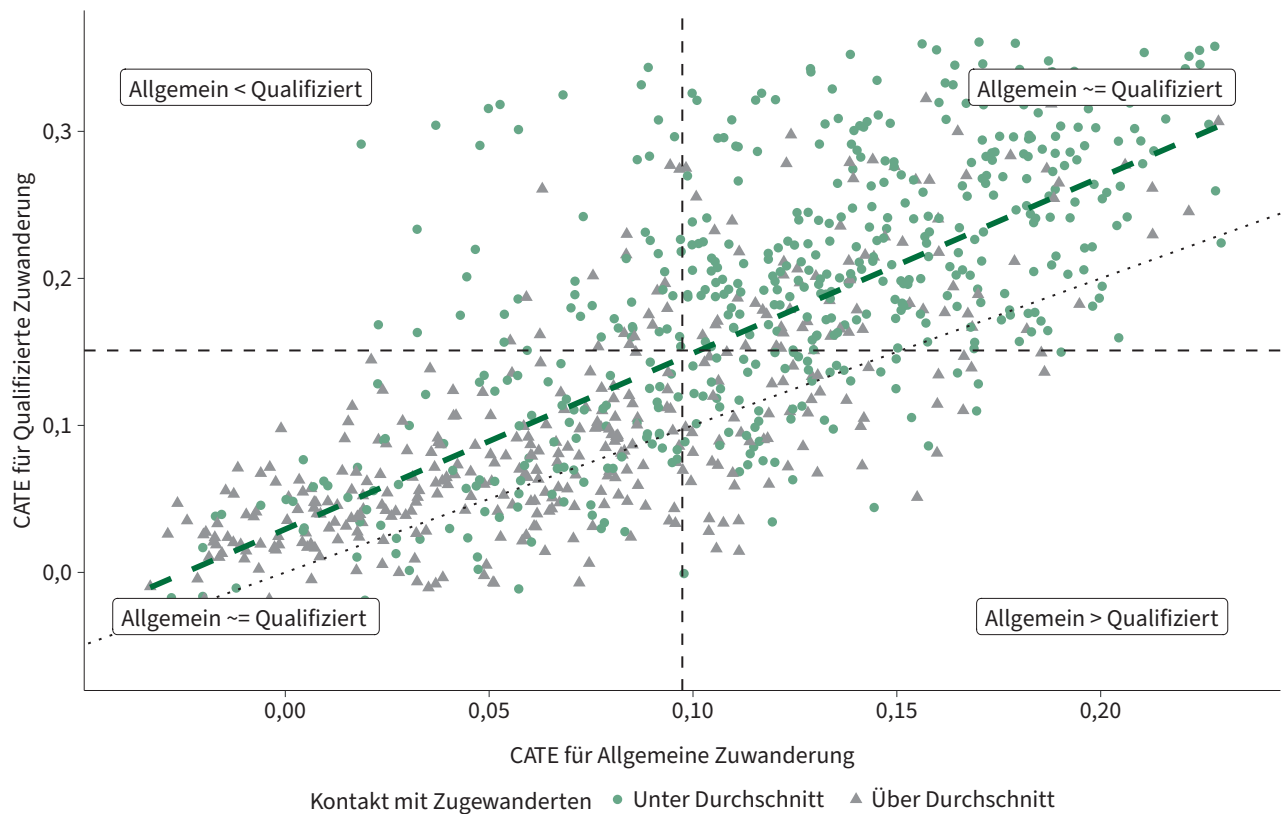
Uns interessiert nun, welche Variablen die geschätzten Unterschiede in den Effektgrößen erklären. Mehr Kontakte mit Zugewanderten hängen sowohl bei der allgemeinen als auch bei der qualifizierten Zuwanderung stark negativ mit überdurchschnittlichen Effektgrößen zusammen. Ein Wert des Kontaktindex, der eine Standardabweichung über dem Mittelwert liegt, verringert die Wahrscheinlichkeit, überdurchschnittliche Effektgrößen der Informationsbereitstellung zu finden, bei der allgemeinen (qualifizierten) Zuwanderung um etwa 19% (24%). Das deutet darauf hin, dass die bereitgestellte Information für Personen mit vielen Kontakten nicht viel Neues beinhaltet und zu keiner größeren Änderung der Einstellungen gegenüber Zuwanderung führt.

Im Gegensatz dazu ist eine um eine Standardabweichung höhere (d. h. stärker überschätzte) Schätzung des Anteils der Zugewanderten in der Region mit einer höheren Wahrscheinlichkeit von etwa 13% (15%) verbunden, überdurchschnittliche Effektstärken der Informationsbereitstellung für die Einstellung gegenüber allgemeiner (qualifizierter) Zuwanderung zu beobachten. Bei größeren Fehleinschätzungen scheint die Information über den Anteil von Zugewanderten somit zu einer Neubewertung und zu positiveren Einstellungen gegenüber Zuwanderung zu führen.

Da sich der Kontakt mit Zugewanderten als besonders relevanter Einflussfaktor für die Effektunterschiede in unserem Informationsexperiment erweist, wird in Abbildung 4a für den Fall der allgemeinen Zuwanderung und in Abbildung 4b für den Fall der qualifizierten Zuwanderung der Zusammenhang zwischen Kontakt und Effektgröße (CATE) untersucht. Die schwarzen gestrichelten Linien dienen zur Unterteilung für Kontakt und Effektgröße auf Basis der jeweiligen Durchschnittswerte. Es zeigt sich deutlich eine negative Korrelation zwischen dem Kontakt mit Zugewanderten und der Effektgröße der Informationsintervention (dunkelgrüne Linie).

Abb. 3

Heterogenität des Informationseffekts: CATE auf die Einstellungen zur allgemeinen und zur qualifizierten Zuwanderung

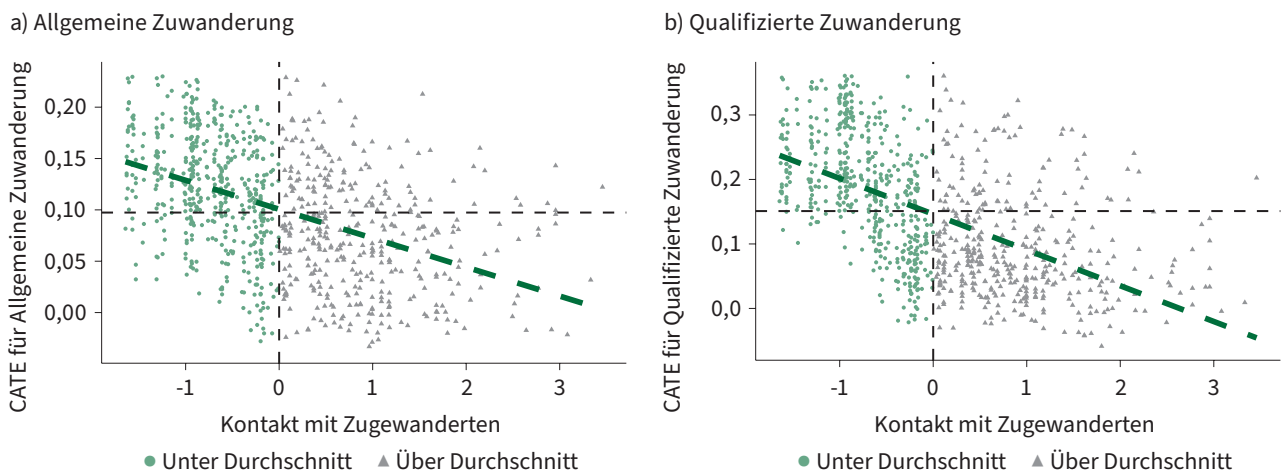


Hinweis: Die schwarzen, gestrichelten Linien zeigen die durchschnittlichen Effektgrößen der geschätzten CATE. Die dunkelgrüne, gestrichelte Linie ist die geschätzte Steigung der Korrelation zwischen beiden CATE-Typen und die gepunktete Linie gibt die 45-Grad Linie an.

Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung.

Abb. 4

Heterogenität des Informationseffekts: CATE auf die Einstellungen zur Zuwanderung versus Kontakt



Hinweis: Die horizontale schwarze gestrichelte Linie stellt die durchschnittliche Effektgröße des geschätzten CATE auf die allgemeine Zuwanderung (Abbildung a) bzw. auf die qualifizierte Zuwanderung (Abbildung b) dar. Die dunkelgrüne gestrichelte Linie stellt die geschätzte Steigung der Korrelation zwischen CATE und dem Kontakt mit Zugewanderten dar. Die vertikale schwarze gestrichelte Linie stellt die Unterteilung in unterdurchschnittliche und überdurchschnittliche Kontaktniveaus in Bezug auf den auf Null standardisierten Mittelwert des Kontaktindex dar.

Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung.

Auffällig ist, dass die Effekte in der Regel deutlich größer sind, wenn der Kontakt zu Zugewanderten unterdurchschnittlich ist. Die Informationsbereitstellung scheint besonders wirksam zu sein, wenn die Befragten wenig Kontakt zu Zugewanderten haben. Mit zunehmendem Kontakt geht die geschätzte Effektgröße (CATE) gegen Null. Dieser Zusammenhang ist bei der qualifizierten Zuwanderung noch ausgeprägter als bei der allgemeinen Zuwanderung.

Nach unserer Analyse ist der Kontakt zwischen der einheimischen Bevölkerung und Zugewanderten ein starker Moderator für die Wirksamkeit von Informationskampagnen im Zusammenhang mit Zuwanderung. Insbesondere Personen mit unterdurchschnittlich ausgeprägten Kontakten zeigen überdurchschnittliche Effektgrößen der Informationsbereitstellung, vor allem bei Einstellungen gegenüber qualifizierter Zuwanderung.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Unsere Studie liefert einige wichtige Erkenntnisse. Erstens entwickeln befragte Personen, die Informationen über den Anteil von Zugewanderten in ihrer Region erhalten, eine positivere Einstellung gegenüber Zuwanderung. Zweitens finden wir, dass dieser Effekt stark davon beeinflusst wird, wie viel Kontakt die Befragten zu Zugewanderten haben. Insbesondere Befragte mit unterdurchschnittlichen Kontakten reagieren stärker auf die bereitgestellten Informationen. Dies gilt insbesondere für die Einstellung gegenüber qualifizierter Zuwanderung. Drittens haben wir gesehen, dass Befragte, die größere Schätzfehler beim Anteil der Zugewanderten machen, auch stärker auf die Informationsbereitstellung reagieren. Zusammengefasst haben diese Befunde wichtige Folgen für die regionale Politik, wenn diese Vorurteile gegenüber Zugewanderten in der Bevölkerung abbauen will. Beispielsweise sollten Informationskampagnen so gestaltet werden, dass sie Personen adressieren, die weniger Kontakt mit Zugewanderten haben oder wenig über Zuwanderung wissen, da in diesen beiden Fällen eine besonders hohe Effektivität der Kampagnen zu erwarten ist.

LITERATUR

Allport, G. W. (1954), *The Nature of Prejudice*. The Nature of Prejudice, Addison-Wesley, Oxford, England.

Anderson, M. L. (2008), „Multiple Inference and Gender Differences in the Effects of Early Intervention: A Reevaluation of the Abecedarian, Perry Preschool, and Early Training Projects”, *Journal of the American Statistical Association* 103 (484), S. 1 481–1 495.

Andersson, H. und S. H. Dehdari (2021), „Workplace Contact and Support for Anti-Immigration Parties”, *American Political Science Review*, 115 (4), S. 1 159–1 174.

Berhardt, F., Wolter, M. I., Glöckner, E. E., Knoll, S. und J. Ragnitz (2023), *Herausforderungen und Chancen im demografischen Wandel. Arbeitsmarktentwicklung in Thüringen – Projektion bis 2035*, Studie der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung (GWS) und ifo Dresden im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (TMASGFF) in Kooperation mit der Thüringer Agentur für Fachkräfteentwicklung (ThAFF), Erfurt.

Colantone, I. und P. Stanig (2019), „The Surge of Economic Nationalism in Western Europe”, *Journal of Economic Perspectives* 33 (4), S. 128–151.

Destatis (Hrsg.) (2022), 15. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung – Deutschland, Wiesbaden.

Dylong, P. und S. Uebelmesser (2023), *Intergroup Contact and Exposure to Information about Immigrants: Experimental Evidence*, CESifo Working Paper No. 10 808, München.

Dylong, P. und S. Uebelmesser (2024), *Biased Beliefs about Immigration and Economic Concerns: Evidence from Representative Experiments*, *Journal of Economic Behavior and Organization* 217, S. 453–482.

Edo, A., Giesing, Y., Öztunc, J. und P. Poutvaara (2019), „Immigration and Electoral Support for the Far-Left and the Far-Right”, *European Economic Review* 115, S. 99–143.

Facchini, G. und A. M. Mayda (2009), „Does the Welfare State Affect Individual Attitudes toward Immigrants? Evidence across Countries”, *Review of Economics and Statistics* 91 (2), S. 295–314.

Grigorieff, A., Roth, C. und D. Ubfal (2020), „Does Information Change Attitudes Toward Immigrants?”, *Demography* 57 (3), S. 1 117–1 143.

Halla, M., Wagner, A. F. und J. Zweimüller (2017), „Immigration and Voting for the Far Right”, *Journal of the European Economic Association* 15 (6), S. 1341–1385.

Ipsos (Hrsg.) (2023), „Migrationsorgen steigen sprunghaft an, Sorge wegen Inflation auf Jahreshoch“, *Presse-Information*, 6. November 2023.

Lergetporer, P., Piopiunik, M. und L. Simon (2021), „Does the Education Level of Refugees Affect Natives' Attitudes?”, *European Economic Review* 134, 103710.

Sachverständigenrat (Hrsg.) (2023), *Wachstumsschwäche überwinden – in die Zukunft investieren*, Jahresgutachten des Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wiesbaden.

Steinmayr, A. (2021), „Contact versus Exposure: Refugee Presence and Voting for the Far Right”, *The Review of Economics and Statistics* 103 (2), S. 310–327.

Schwab, B., Janzen, S., Magnan, N. P. und W. M. Thompson (2020), „Constructing a Summary Index Using the Standardized Inverse-Covariance Weighted Average of Indicators”, *The Stata Journal* 20 (4), S. 952–964.

Thüringer Landesamt für Statistik (Hrsg.) (2022), *Tabelle „Bevölkerung, darunter Ausländer, nach Geschlecht und Kreisen in Thüringen“*, Erfurt.

Wager, S. und S. Athey (2018), „Estimation and Inference of Heterogeneous Treatment Effects Using Random Forests”, *Journal of the American Statistical Association* 113 (523), S. 1 228–1 242.

Weisskircher, M. (2020), „The Strength of Far-Right AfD in Eastern Germany: The East-West Divide and the Multiple Causes behind ‘Populism’”, *The Political Quarterly* 91 (3), S. 614–622.

-
- 1 Gefördert durch den Freistaat Thüringen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds.
 - 2 Die Daten stammen vom Thüringer Landesamt für Statistik für das Jahr 2018. Um die Informationen über die beiden Erhebungswellen 2019 und 2022 konsistent zu halten, haben wir diese Informationen zwischen den Wellen nicht angepasst. Der Anteil der Zugewanderten hat sich in diesem Zeitraum zwar leicht um etwa 1 Prozentpunkt erhöht. Da wir die Schätzung der Befragten als korrekt behandeln, wenn diese innerhalb eines Prozentpunktes des tatsächlichen Wertes liegt, gibt es keinen wesentlichen Unterschied zwischen den beiden Erhebungen.
 - 3 Der resultierende Index ist ein standardisierter Multi-Variablen-Index mit einem Mittelwert von Null und einer Standardabweichung von Eins (wenn die vollständige Stichprobe als Referenzgruppe verwendet wird), wodurch potenzielle Probleme vermieden werden, die sich aus unterschiedlichen Skalierungen, Varianzen und Richtungsunterschieden der Variablen ergeben.

Joachim Ragnitz*

Wo bleiben Deutschlands alte Autos?

Pro Jahr werden in Deutschland ca. 2,5-2,7 Mill. Pkw endgültig stillgelegt. Davon wird allerdings nur ein kleiner Teil tatsächlich auch verschrottet; ein erheblicher Anteil der in Deutschland abgemeldeten Fahrzeuge wird ins Ausland exportiert. Deutschland (und Europa) nehmen zwar bei nationalen Klimaschutzanstrengungen eine Vorreiterrolle ein, das Ziel globalen Klimaschutzes im Bereich des privaten Pkw-Bestandes wird aber dadurch konterkariert, dass klimaschädliche Altfahrzeuge anderswo weiter genutzt werden.

Zu Jahresbeginn 2023 waren in Deutschland insgesamt 48,8 Mill. Personenkraftwagen (Pkw) zugelassen, davon 1,0 Mill. rein elektrisch angetriebene Fahrzeuge (Marktanteil 2%). Gegenüber dem Jahr 2018 ist das ein Anstieg um 2,3 Mill. Fahrzeuge (davon 1,3 Mill. Pkw mit einem Verbrennungsmotor).¹ Da im gleichen Zeitraum allerdings mehr als 15,2 Mill. Pkw erstmalig in Deutschland zugelassen wurden, bedeutet dies, dass ein knappes Drittel des Fahrzeugbestands von 2018 seither durch Neuwagen ersetzt wurde.²

Aus Klimaschutzgründen ist dies zunächst einmal positiv, da neuere Fahrzeuge im Regelfall weniger CO₂ je km Fahrleistung emittieren dürften als ältere Fahrzeuge. Allerdings wirkt dem entgegen, dass mit steigender Zahl an Fahrzeugen auch die Gesamtfahrleistung tendenziell steigen dürfte³ und dass neu gekaufte Fahrzeuge häufig ein höheres Gewicht bzw. eine höhere Leistung aufweisen und daher einen höheren Kraftstoffverbrauch haben.⁴ Zudem ist die Erneuerung des Fahrzeugparks in Deutschland für das Weltklima nur dann relevant, wenn ausgesonderte Fahrzeuge tatsächlich verschrottet werden und nicht anderswo weiter genutzt werden. Es stellt sich deshalb die Frage, wo die in Deutschland stillgelegten Autos mit Verbrennungsmotor verbleiben.

Pro Jahr werden in Deutschland ca. 2,5-2,7 Mill. Pkw endgültig stillgelegt.⁵ Davon wird allerdings nur ein kleiner Teil tatsächlich auch verschrottet; im Durchschnitt der Jahre 2018-2021 (Angaben für 2022 liegen noch nicht vor) waren dies lediglich knapp 450000 Altfahrzeuge. Dies ist nur rund ein Siebtel der im Betrachtungszeitraum durch Neufahrzeuge ersetzten Pkw. Allerdings ist davon auszugehen, dass pro Jahr nochmals rund 150000 Pkw von nicht-anerkannten Verwertungsbetrieben zerlegt werden (in erster Linie: durch „Ausschlachten“), die deswegen von der amtlichen Abfallstatistik nicht erfasst werden.⁶ Selbst unter Berücksichtigung dieses „unbekannten Fahrzeugverbleibs“ folgt aus diesen Zahlen aber, dass ein erheblicher Anteil der in Deutschland abgemeldeten Fahrzeuge ins Ausland exportiert wird.

Informationen hierzu liefert die Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes.⁷ Danach wurden in den Jahren 2018-2022 jedes Jahr in etwa 490000 Pkw mit Verbrennungsmotor aus Deutschland exportiert. Rund zwei Drittel davon wurden in andere EU-Länder geliefert; etwas mehr als 20% aber auch nach Afrika. Auf osteuropäische Staaten (ohne EU-Mitglieder) entfielen immerhin noch gut 7% der statistisch erfassten Ausfuhren von gebrauchten Pkw aus Deutschland. Während

die in die EU-Länder gelieferten Fahrzeuge einen durchschnittlichen Wert von 20617 Euro hatten (Osteuropa: 15024 Euro), belief sich der Wert der nach Afrika exportierten Gebrauchtwagen nur auf durchschnittlich 2862 Euro. Dies ist ein Indiz dafür, dass afrikanische Länder vor allem solche Fahrzeuge abnehmen, die aufgrund ihres hohen Alters, aber auch aufgrund ihres Zustands in Europa (und anderswo) nicht mehr verkäuflich sind. Tatsächlich dürften noch weitaus mehr deutsche Altautos den Weg nach Afrika finden, da sie teilweise auch über andere europäische Häfen (insbesondere über die Niederlande) nach Afrika verschifft werden.⁸

Wichtigste Abnehmerländer deutscher Gebrauchtwagen unter den afrikanischen Ländern sind Libyen (25% aller nach Afrika exportierten Gebraucht-Pkw aus Deutschland), gefolgt von Nigeria (19%), Benin (11%) und Ghana (7%). Da es sich bei diesen Staaten um Länder mit unmittelbarem Meereszugang handelt, liegt die Vermutung nahe, dass viele der hierhin exportierten deutschen Gebrauchtwagen nicht dort verbleiben, sondern in andere (west-)afrikanische Länder weiterverkauft werden.

Allerdings exportiert nicht nur Deutschland Gebrauchtwagen in Drittweltstaaten, gleiches gilt auch für die übrigen EU-Länder, für Japan und die USA. Dabei unterscheiden sich die Zielregionen deutlich: Während für die EU Hauptabsatzgebiete die nord- und westafrikanischen Länder sind, exportiert Japan vor allem in asiatische Länder sowie nach Ost- und Südafrika und die Vereinigten Staaten vor allem nach Lateinamerika und in den Nahen Osten.⁹ Auch hierbei dürfte es sich in vielen Fällen um Fahrzeuge handeln, die nach heimischen Regularien nicht mehr zulassungsfähig sind, in den Zielländern wegen laxerer Umwelt- und Sicherheitsvorschriften aber durchaus noch weiterfahren dürfen. Ein Teil davon dürfte aber auch als Ersatzteilspende für bereits vorhandene, noch ältere Fahrzeuge dienen.

Man mag nun einwenden, dass die fortgesetzte Nutzung von Gebrauchtfahrzeugen aus den Industriestaaten in vielen Entwicklungsländern die einzige Möglichkeit darstellen, überhaupt individuelle Mobilitätsbedürfnisse erfüllen zu können. Zudem kann es auch mit Blick auf eine sparsame Ressourcennutzung sinnvoll sein, Altfahrzeuge (oder zumindest Teile davon) anderswo noch länger zu nutzen. Aber es gibt auch gewichtige Gegenargumente. Wenn nämlich Gebrauchtwagen

* Prof. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Tab. 1

Exporte deutscher Gebrauchtpkw (ohne Elektroautos/Hybridfahrzeuge, Durchschnitt 2018-2022)

	Anzahl	Durchschnittswert	Nachr.: Exportregionen (in %)
EU-Länder	316 560	20 617	64,5
Osteuropa (ohne EU-Staaten)	35 286	15 024	7,2
Afrika	98 539	2 862	20,1
Sonstige	40 539	27 850	8,3
Insgesamt	490 924	17 249	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

aus Deutschland und anderen Industrieländern, die hier aufgrund ihres Zustands nicht mehr zulassungsfähig sind, in Ländern mit geringeren Umweltauflagen weitergenutzt werden, konterkariert dies ganz offensichtlich die auch von Deutschland vorangetriebenen globalen Anstrengungen für mehr Klimaschutz. Emissionen fallen dann zwar nicht mehr in Deutschland oder Europa an, sondern anderswo; für das Weltklima ist dies jedoch genauso schädlich. Hinzu kommen weitere, wenn auch primär lokal auftretende Schäden, so durch eine erhöhte Feinstaubbelastung, durch Unfälle aufgrund mangelnder Verkehrssicherheit und schließlich durch eine nicht sachgerechte Entsorgung von Fahrzeugen und Fahrzeugteilen, die nicht mehr repariert oder zur Gewinnung von Ersatzteilen genutzt werden können. Der Export nicht mehr verkehrstüchtiger Fahrzeuge aus den Industrieländern in Länder mit geringeren Umweltauflagen wird deswegen zunehmend als ein Problem angesehen.¹⁰

Eine Möglichkeit, dies zu verhindern, liegt in Importbeschränkungen seitens der Zielländer, so durch Vorgaben bezüglich des Alters von Gebrauchtwagenimporten oder zur Erfüllung bestimmter Normen für den Schadstoffausstoß. Allerdings besteht hieran in den meisten Importstaaten nur geringes Interesse; die zitierte UN-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass 81 von insgesamt 146 untersuchten Entwicklungsländern keine oder nur schwache Regulierungen bezüglich der Einfuhr von Gebrauchtfahrzeugen eingeführt haben. Deswegen wird zunehmend die Beschränkung des Exports von Gebrauchtfahrzeugen durch die Herkunftsländer als bessere Lösung angesehen. Auch die EU hat jüngst einen entsprechenden Verordnungsentwurf¹¹ vorgelegt, der aber noch nicht endgültig verabschiedet worden ist. Hiernach sollen künftig grundsätzlich nur noch solche Fahrzeuge in Drittländer exportiert werden dürfen, die nach den Bestimmungen des Herkunftslandes grundsätzlich als verkehrssicher gelten oder mit vertretbarem wirtschaftlichen Aufwand verkehrssicher gemacht werden können. Das würde bedeuten, dass aus Deutschland nur noch Autos in Staaten außerhalb der EU verkauft werden dürften, die entweder eine gültige TÜV-Zulassung besitzen oder zumindest in einem Zustand sind, dass sie diese Zulassung mit nur geringem Aufwand erhalten könnten. Alle anderen Fahrzeuge gelten dann als Altfahrzeuge, die nicht exportiert werden dürfen und innerhalb der EU einer stofflichen Verwertung zugeführt werden müssten. Allerdings weist der entsprechende Verordnungsentwurf eine Reihe von Bestimmungen¹² auf, die eine Umgehung des Exportverbots von Altfahrzeugen möglich machen, so insbesondere mit Blick auf die Feststellung der Reparaturfähigkeit eines Fahrzeugs. Insofern ist fraglich, ob

sich das Problem hierdurch tatsächlich lösen lässt. Besser wäre es in jedem Fall, wenn sich die Staatengemeinschaft auf verbindliche Standards für den Betrieb von Fahrzeugen verständigen könnte, die dann auch in den Importländern von Gebrauchtfahrzeugen anzuwenden wären.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Deutschland (und Europa) zwar bei nationalen Klimaschutzanstrengungen eine Vorreiterrolle einnehmen mögen – dass aber das Ziel globalen Klimaschutzes dadurch konterkariert wird, dass klimaschädliche Fahrzeuge (zumindest bislang noch) anderswo weiter genutzt werden. Auch wenn das Problem inzwischen von der Politik erkannt worden ist, besteht das Risiko, dass die vorgesehenen Regelungen auch künftig unterlaufen werden (so indem Altfahrzeuge kurz vor Ablauf ihrer Zulassung exportiert werden). Dies unterstreicht nochmals die Notwendigkeit, Klimaschutzanstrengungen als globale Herausforderung anzuerkennen und Regelungen zu finden, die auch die bislang nicht durch weltweite Klimaschutzabkommen gebundenen Staaten einbeziehen. Ansonsten wird sich der Klimawandel wohl kaum in dem Maße verhindern lassen, wie es angesichts der damit verbundenen Risiken als notwendig erscheint.

LITERATUR

BMU/UBA – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz und Umweltbundesamt (Hrsg.), Jahresbericht über die Altfahrzeug-Verwertungsquoten in Deutschland, diverse Jahrgänge, Download unter <https://www.bmv.de/download/jahresberichte-ueber-die-altfahrzeug-verwertungsquoten-in-deutschland>.

Europäische Kommission (Hrsg.) (2023), Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Anforderungen an die kreislauforientierte Konstruktion von Fahrzeugen und über die Entsorgung von Altfahrzeugen, Brüssel, Download unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52023PC0451>.

Ministry of Infrastructure and Water Management (Hrsg.) (2020), Used Vehicles Exported to Africa, Den Haag.

Süddeutsche Zeitung (Hrsg.) (2023), „Wo die Schrottautos sterben“, Zeitungsartikel vom 16. Dezember 2023, S. 23.

Umweltbundesamt (Hrsg.) (2023a), Energieverbrauch und Kraftstoffe, Download unter <https://www.umweltbundesamt.de/daten/verkehr/endenergieverbrauch-energieeffizienz-des-verkehrs#durchschnittsverbrauch-bei-pkw-stagniert> (Stand: 27. April 2023).

Umweltbundesamt (Hrsg.) (2023b), Altfahrzeugverwertung und Fahrzeugverbleib, Download unter <https://www.umweltbundesamt.de/daten/ressourcen-abfall/verwertung-entsorgung-ausgewaehlter-abfallarten/altfahrzeugverwertung-fahrzeugverbleib#altfahrzeuge-2020-niedrigste-anzahl-seit-beginn-der-aufzeichnungen-in-2004> (Stand: 27. April 2023).

UN Environment Programme (Hrsg.) (2020), Global Trade in Used Vehicles Report, Nairobi, Download unter <https://www.unep.org/resources/report/global-trade-used-vehicles-report>.

-
- 1 Vgl. Kraftfahrbundesamt, diverse Pressemitteilungen.
 - 2 Importe von Gebrauchtfahrzeugen sind hierbei nicht berücksichtigt.
 - 3 Entsprechende Daten liegen bisher nur bis zum Jahr 2021 vor, das aufgrund der Corona-Pandemie eher einen Ausreißer nach unten darstellen dürfte.
 - 4 Der spezifische Kraftstoffverbrauch von Pkw mit Verbrennungsmotor liegt seit 2018 konstant bei 7,4 l/100 km, vgl. Umweltbundesamt (2023a).
 - 5 Zur Zahl der endgültigen Stilllegungen liegen nur Schätzungen vor, vgl. BMU/UBA (diverse Jahrgänge).
 - 6 Vgl. Umweltbundesamt (2023b).
 - 7 Nach Einschätzung des Bundesumweltministeriums werden pro Jahr allerdings schätzungsweise 300 000 Autoexporte statistisch nicht erfasst, zum Beispiel Privatverkäufe an ausländische Erwerber*innen. Hierbei handelt es sich zum größten Teil um Exporte in andere EU-Länder. Vgl. BMU/UBA (diverse Jahrgänge). Jüngsten Pressemeldungen zufolge (vgl. z. B. Süddeutsche Zeitung vom 16. Dezember 2023) werden zudem zunehmend auch Gebrauchtwagen nach Serbien und in die Ukraine verkauft, ohne dass dies in der offiziellen Außenhandelsstatistik erkennbar wäre.
 - 8 Eine genauere Untersuchung der holländischen Regierung kommt zu dem Ergebnis, dass rund 40% der von Amsterdam aus nach Afrika exportierten Gebrauchtwagen zuletzt in Deutschland zugelassen war, vgl. Ministry of Infrastructure and Water Management (2020). Laut Außenhandelsstatistik entfallen auf die Niederlande 7,4% der deutschen Gebrauchtwagenexporte.
 - 9 Vgl. UN Environment Programme (2020).
 - 10 Vgl. UN Environment Programme, (2020).
 - 11 Vgl. Europäische Kommission (2023).
 - 12 Vgl. Anhang 1 des genannten Verordnungsentwurfs.

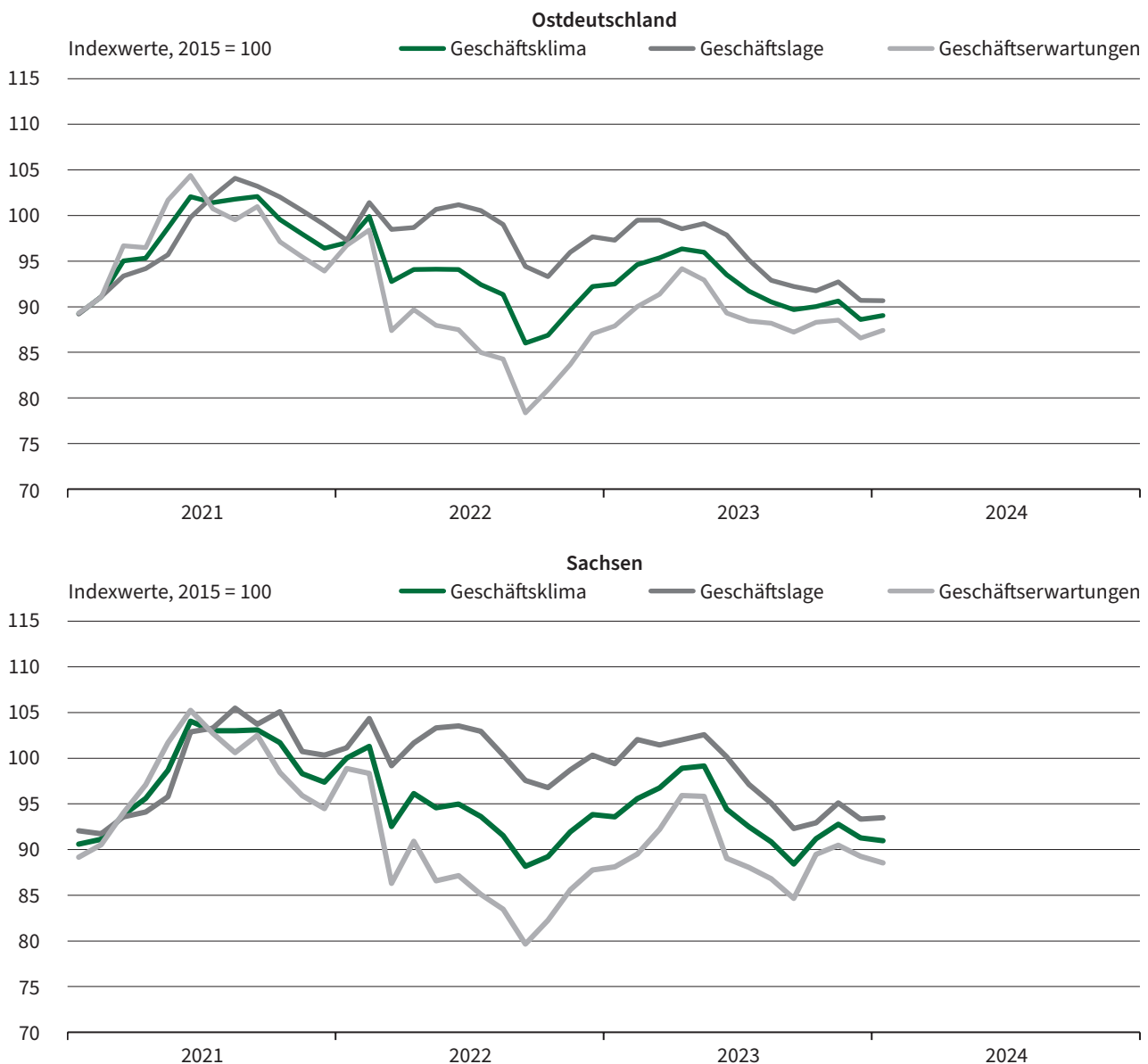
Niels Gillmann und Ernst Glöckner*

ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen (Januar 2024)

Das ifo Geschäftsklima Ostdeutschland basiert auf ca. 1 700 monatlichen Meldungen von Unternehmen, von denen ca. 500 aus Sachsen stammen. Die Befragungsteilnehmer*innen kommen aus dem Verarbeitenden Gewerbe, dem Dienstleistungssektor, dem Handel und dem Bauhauptgewerbe. Die Unternehmen werden gebeten, ihre gegenwärtige Geschäftslage zu beurteilen und ihre Erwartungen für die nächsten sechs Monate mitzuteilen.

Abb. 1

ifo Geschäftsklima Ostdeutschland und Sachsen (2015 = 100, saisonbereinigt)



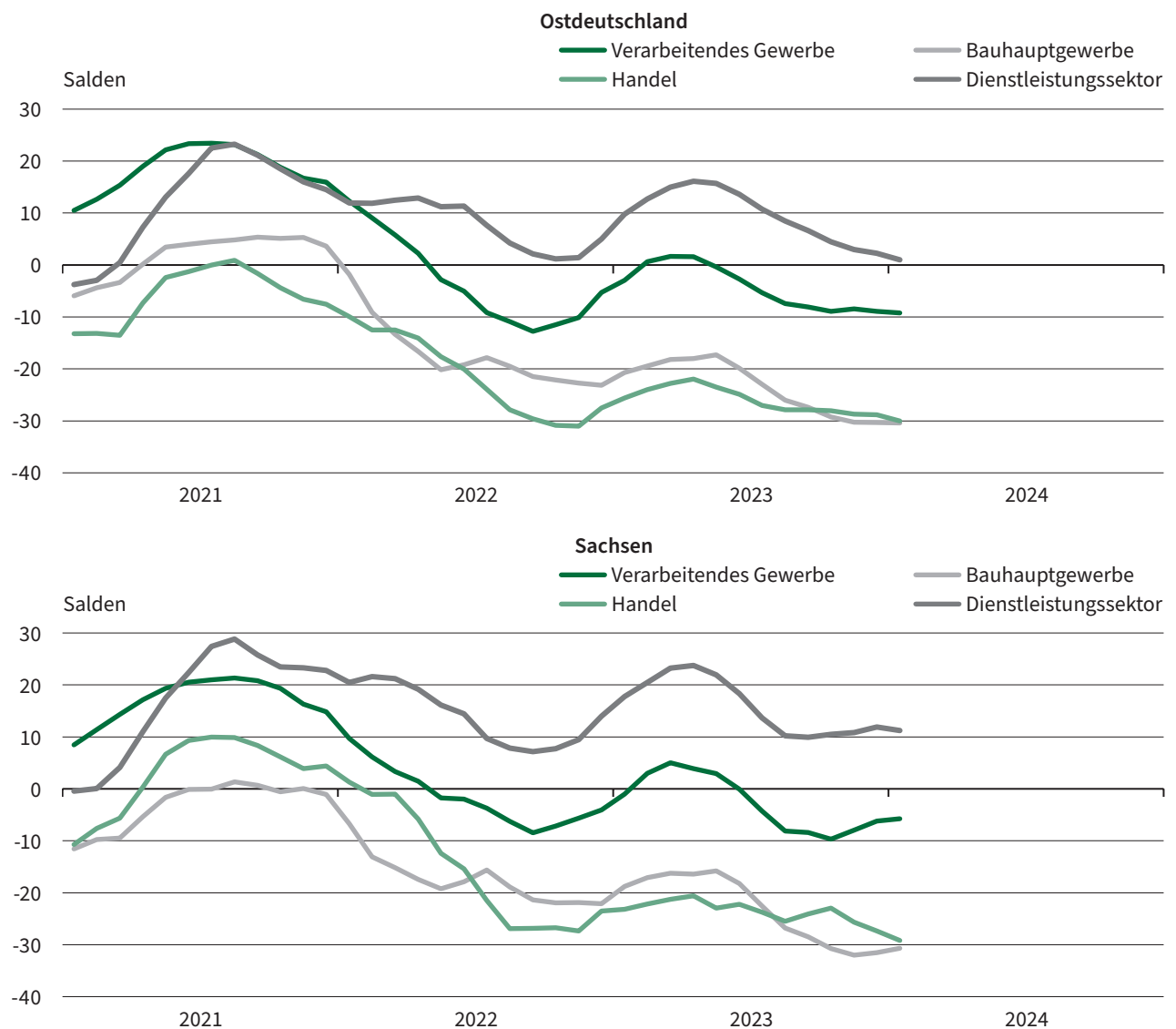
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Januar 2024.

© ifo Institut

* Niels Gillmann und Ernst Glöckner sind Doktoranden an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung München an der Universität München e. V.

Abb. 2

ifo Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereichen (Salden, saisonbereinigt und geglättet)

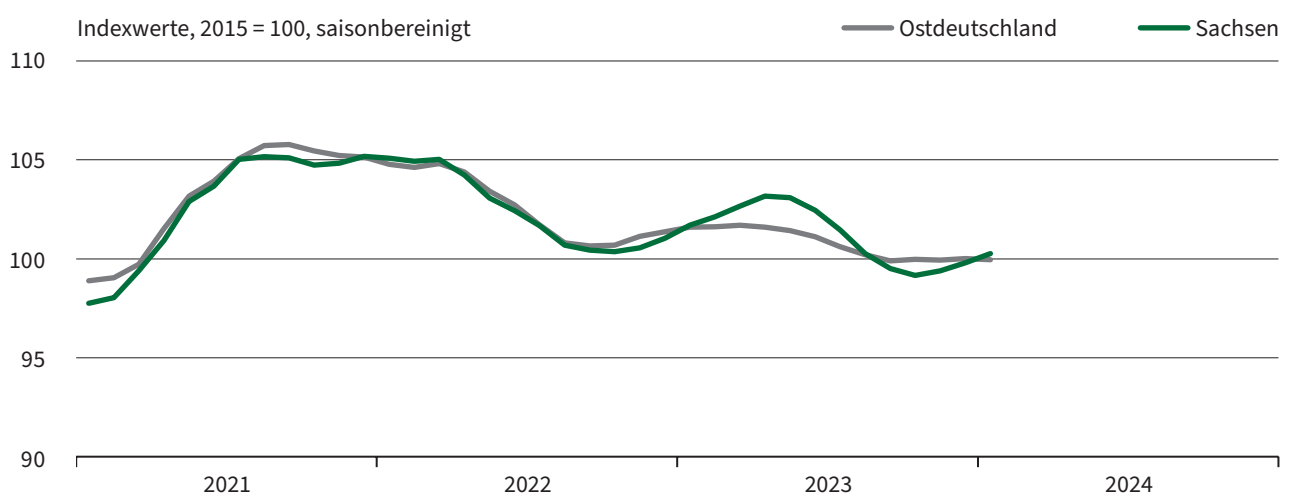


Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Januar 2024.

© ifo Institut

Abb. 3

ifo Beschäftigungserwartungen (Salden, saisonbereinigt und geglättet)



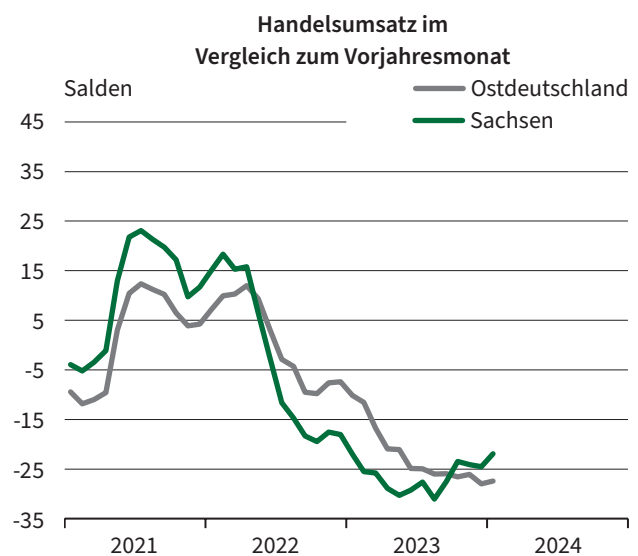
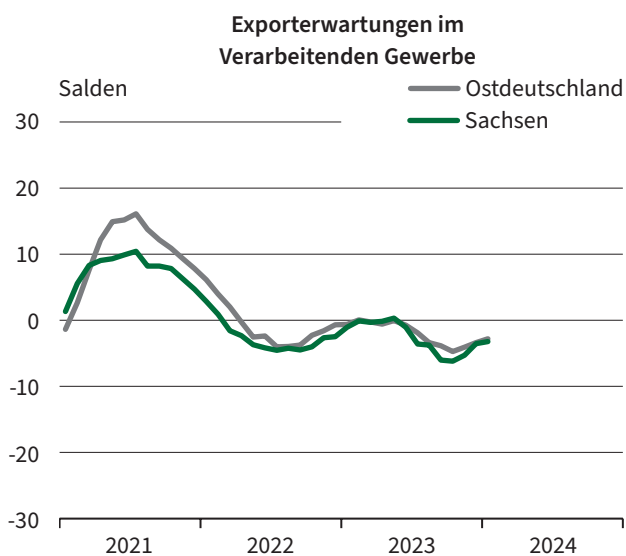
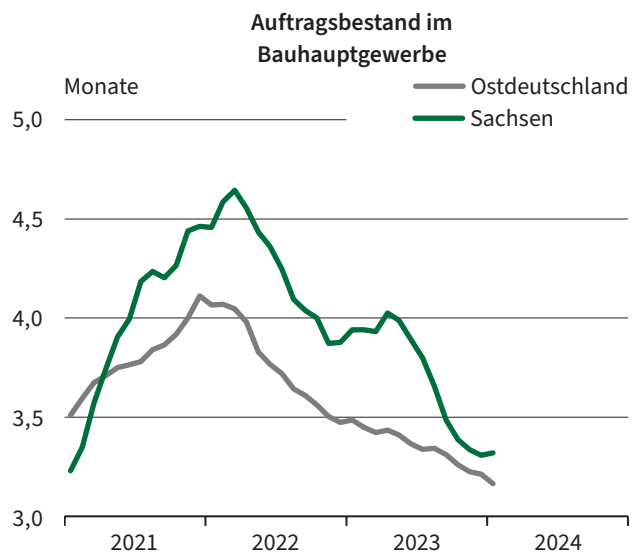
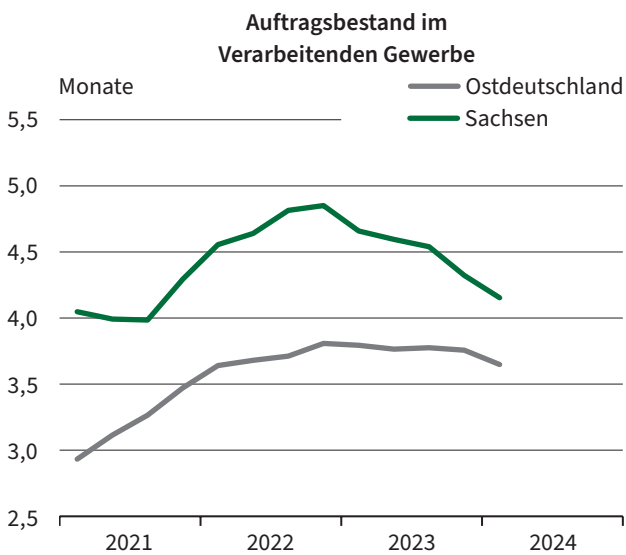
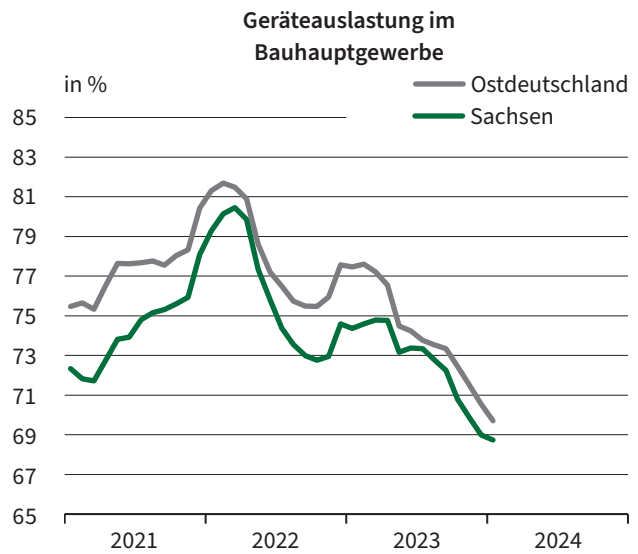
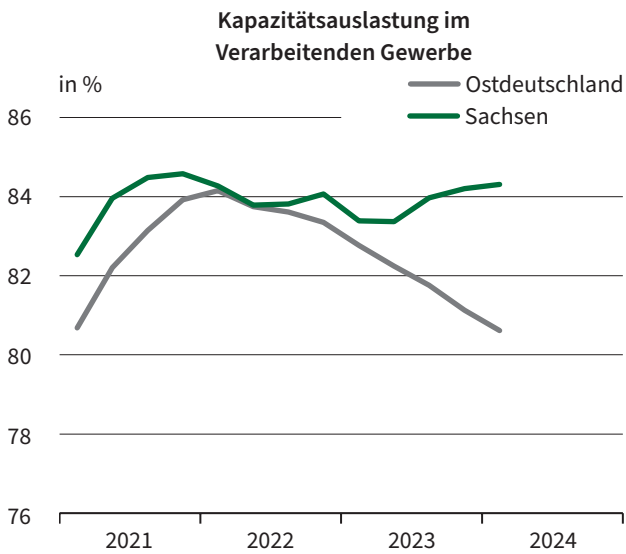
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Januar 2024.

© ifo Institut

Abb. 4

Ausgewählte Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest für Ostdeutschland und Sachsen

Saisonbereinigt (außer Handelsumsätze) und geglättet



Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Januar 2024.

© ifo Institut

ifo Veranstaltungen

Am **11./12. April 2024** findet der **ifo Dresden Workshop on Macroeconomics and International Finance** in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden statt. Der Workshop wird in englischer Sprache abgehalten. Wir erwarten spannende Beiträge zu folgenden Themen:

- Triebkräfte und Konsequenzen der Inflation,
- Finanzstabilität und Inflation,
- Inflation, Kapitalströme und aufstrebende Märkte,
- Vermögensbewertung und Inflation,
- Hat sich die Phillips-Kurve geändert?
- Ungewissheit und Inflation,
- Geldpolitik im Umfeld hoher Inflation,
- Wirtschaftswachstum und Inflation,
- Inflationserwartung und -prognose in einem Hochinflationsregime.

Im Rahmen der **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** wird Prof. Dr. Johannes Becker, Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft an der Universität Münster, am **17. April 2024** einen Vortrag halten.

Am **16./17. Mai 2024** geht der **ifo Dresden Workshop on Labor Economics and Social Policy** in seine 13. Auflage. Es sollen aktuelle Forschungsergebnisse zu den folgenden Themen vorgestellt werden:

- Evaluierung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und entsprechenden Sozialprogrammen,
- Minderheiten und Integrationsmaßnahmen,
- Verhaltensökonomie,
- Fragen der Gesundheit und Ungleichheit.

Außerdem wird am **12./13. September 2024** der **ifo Dresden Workshop on Regional Economics** in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden abgehalten.

Weiterführende Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf der Homepage von ifo Dresden (www.ifo.de/forschung/ifo-dresden) unter der Rubrik Veranstaltungen.

ifo Veröffentlichungen

Ragnitz, Joachim (2023), „Niedrige Löhne ungerecht?“, Wirtschaftsdienst, Heft 11/2023, S. 726.

ifo Vorträge

Ragnitz, Joachim, „Wirtschaftliche Folgen des Populismus“, Vortrag anlässlich einer Tagung des Vereins „Wirtschaft für ein weltoffenes Sachsen“, 18. Januar 2024, Meißen.

Ragnitz, Joachim, „Wirtschaftliche und politische Perspektiven für Sachsen und Ostdeutschland im Wahljahr 2023“, Festvortrag anlässlich des Neujahrsempfangs des Sächsischen Steuerberaterverbands, 19. Januar 2024, Dresden.

Ragnitz, Joachim, „Wie wirksam sind die Maßnahmen zur Unterstützung des Strukturwandels in den Kohlerevieren“, Podiumsdiskussion anlässlich des zweiten Jahrestreffens Transformationsforschung der Braunkohlereviere, 8. Februar 2024, Cottbus.

Ragnitz, Joachim, Statement und Podiumsdiskussion zum Thema „Fachkräfteland Sachsen – Arbeit um jeden Preis?“ der Veranstaltungsreihe „Was jetzt zu tun ist“ des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit, 8. Februar 2024, Radebeul.

ifo in den Medien (Auswahl)

„ifo Geschäftsklima Ostdeutschland steigt (November 2023)“, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 29. November 2023.

„ifo-Geschäftsklima in Ostdeutschland leicht verbessert“, ifo Institut, Niederlassung Dresden, 29. November 2023, www.focus.de, www.stern.de, www.sueddeutsche.de, www.welt.de, www.zeit.de.

„ifo Dresden: Corona-Hilfen des Staates haben ihr Ziel erreicht“, Joachim Ragnitz, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 12. Dezember 2023.

„ifo-Analyse: Corona-Hilfen waren überwiegend wirksam“, Joachim Ragnitz, MDR Aktuell, 13. Dezember 2023, www.mdr.de.

„Die Corona-Hilfen hatten unerwünschte Nebenwirkungen – ifo-Institut verweist auf lange Finanzierungslast“, Joachim Ragnitz, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. Dezember 2023, S. 16, www.faz.net.

„Fast alle Corona-Hilfen haben ihr Ziel erreicht – Das Dresdner ifo-Institut zieht positives Fazit für die Corona-Hilfen für Firmen. Kritik gibt es dennoch“, Joachim Ragnitz, Sächsische Zeitung, 13. Dezember 2023, S. 18, www.saechsische.de.

„ifo Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen Winter 2023: Erholung ohne Schwung“, Pressemitteilung der ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 19. Dezember 2023.

„ifo-Institut rechnet für 2024 mit moderatem Anstieg der Wirtschaftsleistung im Osten“, Joachim Ragnitz, Deutschlandfunk, 20. Dezember 2023, www.deutschlandfunk.de.

„Durchwachsene ifo-Prognose für die Wirtschaft“, Joachim Ragnitz, MDR Thüringen Journal, 19. Dezember 2023, www.mdr.de.

„Wirtschaftsleistung im Osten steigt 2024 leicht“, Joachim Ragnitz, 19. Dezember 2023, www.focus.de, www.stern.de, www.sueddeutsche.de, www.welt.de, www.zeit.de.

„Sachsen-Prognose: 2024 geht es aufwärts“, Joachim Ragnitz, Sächsische Zeitung, 20. Dezember 2023, S. 20, www.saechsische.de.

„Lohnlücke zwischen Osten und Westen: So groß ist die Lohnschere wirklich“, Gastbeitrag Joachim Ragnitz in der WirtschaftsWoche online, 2. Januar 2024, www.wiwo.de.

„Altersvorsorge – Dresdner ifo-Institut sieht Studie zur Rentner-Kaufkraft skeptisch“, Joachim Ragnitz, Radio MDR Aktuell, 6. Januar 2024, www.mdr.de.

„ifo Geschäftsklima Ostdeutschland sinkt (Dezember 2023)“, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 9. Januar 2024.

„Geschäftsklima in Ostdeutschland deutlich gesunken“, ifo Institut, Niederlassung Dresden, 9. Januar 2024, www.focus.de, www.stern.de, www.sueddeutsche.de, www.welt.de, www.zeit.de.

„Zwischen Bauernprotesten, Bahnstreiks und steigenden Gastronomiepreisen – ein gesellschaftliches Spannungsfeld“, Joachim Ragnitz, MDR SACHSEN – Das Sachsenradio, 9. Januar 2024, www.mdr.de.

„ifo Dresden für Kopplung des Rentenalters an die Lebenserwartung“, Joachim Ragnitz, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 16. Januar 2024.

„ifo-Institut fordert, den Rentenbeginn an die Lebenserwartung zu koppeln“, Joachim Ragnitz, 16. Januar 2024, www.focus.de, www.stern.de, www.sueddeutsche.de, www.welt.de, www.zeit.de.

„ifo-Forscher: Rentenbeginn an Lebenserwartung koppeln“, Joachim Ragnitz, Sächsische Zeitung, 17. Januar 2024, www.saechsische.de.

„ifo Geschäftsklima Ostdeutschland verbessert sich leicht (Januar 2024)“, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 31. Januar 2024.

ifo DRESDEN CALL FOR PAPERS

KEYNOTE SPEAKER

Katharina Wrohlich
(DIW Berlin, University of Potsdam)

13th ifo Dresden Workshop on Labor Economics and Social Policy

May 16th–17th, 2024 in Dresden, Germany

CONFERENCE VENUE

ifo Institute – Leibniz Institute
for Economic Research at the
University of Munich
Dresden Branch
Einsteinstr. 3
01069 Dresden
Germany

The Dresden Branch of the ifo Institute and the Technische Universität Dresden invite you to submit your (preliminary) paper to the 13th ifo Dresden Workshop on Labor Economics and Social Policy. Relevant topics include, but are not limited to, evaluations of labor market policies and related social programs, minorities and integration measures, behavioral economics, and health and inequality issues. Preference is given to papers estimating causal effects and using novel methods.

CONFERENCE FEE

None.
We do not offer travel grants.

We specifically encourage PhD students and post-doctoral researchers to submit their current research. Each paper will be allocated 45 minutes, divided between the presentation, a discussion by an assigned workshop participant and a general discussion.

ORGANIZERS

Kamila Cygan-Rehm
(Technische Universität Dresden)

Grega Ferenc
(ifo Institute, Dresden Branch)

Alexander Kemnitz
(Technische Universität Dresden)

Selina Schulze Spuentrup
(ifo Institute, Dresden Branch)

LINK FOR SUBMISSIONS

<https://www.ifo.de/en/event/2024-05-16/13th-ifo-dresden-workshop-laboreconomics-and-social-policys>

CONTACT

Selina Schulze Spuentrup
Phone: +49(0)351-26476-13
E-mail: workshopDD@ifo.de



TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
DRESDEN

ifo INSTITUTE
Dresden Branch

Hinweis für externe Autor*innen

Die Redaktion von „ifo Dresden berichtet“ möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es auch für externe Autor*innen die Möglichkeit gibt, in unserer Zeitschrift zu publizieren. Wir möchten ausdrücklich dazu ermuntern, neue wissenschaftliche Befunde in unserem Medium zu veröffentlichen. Vorzugsweise sollte es sich um Beiträge handeln, die sich mit regionalökonomischen Themen mit Ostdeutschlandbezug befassen. Mögliche Beiträge können jederzeit per E-Mail an die Niederlassung Dresden unter dresden@ifo.de eingereicht werden. Die eingereichten Aufsätze durchlaufen ein Auswahlverfahren durch die Redaktion der Zeitschrift „ifo Dresden berichtet“.

Formale Anforderungen:

Der Leser*innenkreis der Zeitschrift „ifo Dresden berichtet“ umfasst neben Akademiker*innen vor allem Entscheider*innen aus Unternehmen, Behörden, Politik und Presse in Ostdeutschland. Sie sind an Ergebnissen interessiert und weniger an der methodischen Vorgehensweise. Daher sollte der **Schwerpunkt des Textes ergebnisorientiert** sein. Die Datengewinnung und methodische Vorgehensweisen dürfen kurz abgehandelt werden. Der Text sollte auch für interessierte Laien verständlich sein.

Es sollte auf ein ausgewogenes **Verhältnis von Text und Abbildungen** geachtet werden. Gibt es zu viele Abbildungen für zu wenig Text, rutschen Abbildungen mehrere Seiten nach hinten und der Aufsatz wird sehr schwer lesbar.

- Textlänge zwischen 5 und 10 Seiten
- Text als Word-Datei (Fließtext einspaltig)
- Abbildungen und Tabellen als Excel-Dateien (mit zugrundeliegenden Daten)
- Grafiken als pdf- oder jpg-Dateien in möglichst hoher Auflösung
- Das Heft erscheint in den Farben Schwarz/Grün (bitte beim Einfärben der Abbildungen und Grafiken beachten)

Die **Autor*innen** werden immer ausschließlich nach dem Alphabet sortiert, nicht nach „Rang“ der Autoren oder Anteil der Mitarbeit am Text.

Für jede ifo Publikation bitten wir um die Anfertigung eines **Abstracts**, dies meint eine kurze inhaltliche Zusammenfassung von maximal 12 Zeilen Umfang.

Da die Beiträge nicht sehr lang sind, sollten die **Überschriften** möglichst nicht nummeriert werden (nur gleichrangige Teilüberschriften, nicht zu viele Stufungen verwenden).

